

Diese Verträge bedürfen der Genehmigung durch die Propagandakongregation. Die Missionsregionen unterstehen natürlich der Aufsicht des einheimischen Bischofs, der freilich über die Religiösen nicht die gleiche Verfügungsgewalt hat wie über seinen Weltklerus. Der Ordensmann muß der eigentümlichen Berufung seines Instituts treu bleiben. Die Gewalt des Bischofs ist also begrenzt durch die inneren Erfordernisse der Ordensgesellschaft. Nach diesem Prinzip regelte eine Instruktion der Propaganda aus dem Jahre 1929 in den sog. ordenseigenen Gebieten die Zuständigkeiten des kirchlichen und des Ordensoberen, und analog muß diese Regelung auch für die Diözesen gelten, in denen einem einheimischen Bischof aus dem Weltklerus Ordensleute unterstellt sind. Es ist freilich wohl zu beachten, daß die oben genannte Instruktion den Ordensleuten zwar die Beobachtung der eigenen Ordensregel anbefiehlt, aber mit der Einschränkung: „insoweit die apostolische Tätigkeit dies zuläßt“. Was immer das Konzil in Hinsicht auf eine größere Verfügbarkeit der Orden für die reguläre Seelsorge beschließen mag: es kann nicht so weit gehen, die Ordensleute zu zwingen, bei ihrer Tätigkeit auf die inneren Erfordernisse ihrer besonderen Berufung zu verzichten.

Es ist nun offenbar manchen einheimischen Bischöfen nicht leicht, sich bei ihren seelsorglichen Planungen mit diesen Einschränkungen abzufinden. Wenn z. B. der Bischof von Taiwan (Formosa), Stanislaus Lokuang, klagt, es gebe Missionsreligiösen, die bereitwilligst dem autochthonen Bischof dienen wollten, aber mit Autonomie-Verträgen (vgl. *Novella Ecclesiae Germina*, Nijmegen 1963, S. 80), so liegt hier wohl ein Mißverständnis vor, denn kein Missionsorden kann sich der kirchlichen Jurisdiktion des Ortsbischofs entziehen. Im übrigen hat Bischof Lokuang noch jüngst mit einer Ordensgesellschaft einen von Rom genehmigten Vertrag über die Zuweisung eines Missionsdistriktes abgeschlossen, in dem sicherlich dem Orden keine „Autonomie“ zugebilligt wurde.

Andererseits besteht natürlich die Gefahr, daß Ordensobere in Erinnerung an die frühere selbständige Leitung des Gebietes durch ihre Gemeinschaft und in einem gewissen Mißtrauen gegen mögliche „Experimente“ des einheimischen Bischofs für ihren Distrikt ein Höchstmaß an Unabhängigkeit erstreben. Die Folge ist dann die Klage des Bischofs, die Lokuang wie folgt zum Ausdruck bringt: „Dem Rechte und dem Namen nach bleibt der Bischof der Bischof der Diözese, aber in Wirklichkeit leitet er nur die einheimischen Priester. Die Beziehung zum religiösen Oberen (der Missionare) bleibt überaus delikats, die seelsorgliche Leitung unwirksam, und die Arbeit kann nicht nach einheitlichem Plan organisiert werden“ (a. a. O., S. 80).

Alle diese Schwierigkeiten können nur überwunden werden, wenn ein wirklicher diözesaner Geist einheimischen und ausländischen Klerus zusammenführt und auch die Ordensmissionare sich einer Gesamtpastoral einordnen, deren Richtlinien der Bischof zu bestimmen hat.

Eine letzte Schwierigkeit resultiert aus einem Problem, mit dem sich auch das Konzil schon beschäftigt hat. Während die Ordensmissionare über materielle Hilfsquellen aus der Heimat verfügen, sind die einheimischen Bischöfe, soweit sie nicht Kirchenbeiträge erheben können (was selten oder nur in unzureichendem Maße möglich ist), auf die Beihilfen der Päpstlichen Missionswerke angewiesen, die nach Lage der Dinge nur den kleinsten Teil der Bedürfnisse decken können. So sind die einheimischen Bischöfe

genötigt, Bettelreisen in die westlichen Länder zu unternehmen. Das Konzil wird im Interesse der neuen Diözesen für eine bessere Verteilung der Beihilfen aus den altchristlichen Ländern Vorsorge treffen müssen. Aber auch hier ist man vor Schwierigkeiten gestellt. Es ist allgemein bekannt, daß oft die einheimischen Finanzverwalter mit den Erfordernissen der Geldwirtschaft noch nicht vertraut sind. So wird manches Geld vertan. Ernennet der Bischof einen Finanzverwalter aus den Reihen der ausländischen Missionare, so fühlen sich die einheimischen Priester bisweilen gekränkt. Es besteht ferner die große Gefahr, daß einheimische Bischöfe das, was sie in Europa oder Amerika an kirchlichen Institutionen bzw. Bauwerken sehen, zum Maßstab für eigene Verwirklichungen nehmen, ungeachtet des Anfangsstadiums ihrer Diözese. Sicherlich sind dies alles nur vorübergehende Probleme, die durch geeignete Erziehungsmaßnahmen und eine stärkere Kontrolle der Finanzgebarung seitens der Propagandakongregation (die dann aber, um kein Ausnahmerecht zu schaffen, alle Missionsdiözesen umfassen muß) behoben werden können.

Wenn nun „Missionsregionen“, die in einer jungen Diözese noch ausländischem Ordenspersonal anvertraut sind, schöner, großräumiger, kostspieliger bauen, als es der einheimische Bischof in dem übrigen Diözesanteil tun kann, so schafft dies nicht nur Mißstimmung beim einheimischen Klerus, kann vielmehr diesen direkt zu Aufwendungen veranlassen, die wirtschaftlich nicht vertretbar sind und den Etat der Diözese durcheinanderbringen. Es ist also notwendig, daß diese Missionsregionen bei ihren Bauvorhaben Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse der Diözese nehmen und sich klug und bescheiden anpassen. Eine solche Haltung wird die Zusammenarbeit zwischen dem einheimischen Bischof und den ausländischen Missionaren sehr erleichtern und zur Schaffung einer Vertrauensatmosphäre beitragen, die Vorbedingung für eine gesunde Entwicklung der unter einheimischer Leitung gestellten jungen Diözesen ist.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### *Aus dem deutschen Sprachgebiet*

#### **Erster Nordischer Katholikentag**

Die Katholiken der skandinavischen Länder und der norddeutschen Diözesen begingen vom 18. bis zum 20. Juni 1965 in Hamburg den ersten „Nordischen Katholikentag“. Den kirchlichen Anlaß dazu bot das gemeinsame Gedenken an den 1100. Todestag des heiligen Bischofs Ansgar, des Apostels des deutschen und des skandinavischen Nordens. Bei der Veranstaltung handelte es sich um den ersten internationalen Katholikentag auf deutschem Boden. Als Veranstaltung der Katholiken aus der skandinavischen und der norddeutschen Diaspora unterschied er sich in mancherlei Hinsicht vom Gepräge der großen Katholikentage, wie sie in Deutschland und Österreich Tradition sind. Der Diasporasituation entsprechend verzichtete man — bei sonst hervorragender Organisation —, daraus eine irgendwie repräsentative Schau des nordischen Katholizismus zu machen. Noch mehr verzichtete man auf jeden Versuch defensiver Selbstbestätigung gegenüber der nichtkatholischen Umgebung. Die Teilnehmerzahlen hielten sich in Grenzen. Bei der Konzelebration von Kardinal Frings mit 12 nordischen Bischöfen am Sonntag, dem 20. Juni, vormittags

Die katholische Kirche Skandinaviens

	Dänemark	Finnland	Island	Norwegen	Schweden
Einwohner	4,7 Mill.	4,5 Mill.	187 000	3,7 Mill.	7,6 Mill.
Katholiken	26 950	2497	955	8015	33 449
Bistum	1	1	—	1	1
Apostolisches Vikariat	—	—	1	2	—
Pfarreien	36	5	4	31	19
Priester	134	20	8	60	76
Weltpriester/ Ordensgeistliche	36/98	4/16	2/6	23/37	26/50
Ordens- schwwestern	717	31	67	533	187
Schüler katho- lischer Schulen	5892	520	407	975	243

Quelle: Sonderheft zum Nordischen Katholikentag, Paderborn 1965.

(bei der Bischof Wittler predigte), waren rund 25 000 Katholiken anwesend. An der Hauptkundgebung am Nachmittag des gleichen Tages im Hamburger Stadtpark nahmen etwa 35 000 Katholiken teil. Die Teilnehmer aus den skandinavischen Ländern wurden auf etwa 1000 geschätzt. Man wird sich über diese Zahl kaum wundern, wenn man bedenkt, daß die Gesamtzahl der Katholiken in den fünf skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden, Norwegen, Island und Finnland etwa mit 72 000 angegeben wird (über die katholische Kirche Skandinaviens vgl. die Tabelle oben).

*Doppelte Zielsetzung*

Den Kernpunkt dieses Katholikentages bildeten kaum die großen Veranstaltungen, sondern die Begegnungen, Referate und Aussprachen in den vier Arbeitsgruppen, die am Freitagnachmittag tagten, und die vielen amtlichen und privaten Begegnungen zwischen den in der Isolierung lebenden Katholiken und zwischen diesen und den evangelischen Glaubensbrüdern, die alles getan hatten, um die Katholiken von auswärts in Hamburg gastlich aufzunehmen, und die durch die amtlichen kirchlichen Vertreter, aber nicht ausschließlich durch sie, am Verlauf des Katholikentages selbst Anteil nahmen. Programm und Verlauf des Katholikentages zeigten eine doppelte Zielsetzung: Brüderliche Begegnung zwischen den Katholiken der nordischen Diaspora und Begegnung mit den evangelischen Mitchristen. Keine der beiden Zielsetzungen verstand sich von selbst und konnte von vornherein problemlos erscheinen. Denn was die norddeutschen Katholiken unter Diasporasituation verstehen, ist nicht unbedingt dasselbe, was die skandinavischen Katholiken als Wirklichkeit erleben — nur in manchen ländlichen Gebieten mögen sich die Situationen gleichen —, und die herzliche Atmosphäre, die zwischen Katholiken und evangelischen Christen herrschte und die in den gegenseitigen Begrüßungsansprachen, in den privaten Begegnungen und — etwas distanzierter — in dem gemeinsam veranstalteten Gebetsgottesdienst zum Ausdruck kam, verstand sich auch nach der Verabschiedung des Ökumenismusdekrets des Konzils und den bereits regelmäßigen Kontakten und Aussprachen zwischen den Vertretern der verschiedenen Konfessionen nicht von selbst. Eine Dauerfrucht des Katholikentags in Hamburg dürfte die Weckung des Verständnisses vor allem der norddeutschen Katholiken für die besondere Situation der Katholiken Skandinaviens und die Stärkung auch der materiellen Hilfsbereitschaft für die in der Zerstreung und viel-

fach in Armut lebenden katholischen Gemeinden der skandinavischen Länder gewesen sein. Dem Katholikentag vorausgegangen war die Übernahme von Patenschaften für skandinavische Gemeinden durch die Hamburger Pfarreien.

*Das Leitwort — „Mitten unter uns“*

Die Veranstaltungen des Nordischen Katholikentages, die mit einer Ansgar-Feier im Festsaal des Hamburger Rathauses am Freitag eröffnet wurden, standen unter dem Leitwort „Mitten unter uns“, in Auslegung des Bibelwortes: „Wenn zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, bin ich mitten unter ihnen“ (Matth. 18, 20). Den konkreten Sinn dieses Bibelwortes für die Kirche im Hier und Jetzt deutete der gastgebende Bischof, Weihbischof Johannes von Rudloff von Osnabrück (mit Sitz in Hamburg), in seiner Begrüßungsansprache zur Ansgar-Feier und noch illusionsloser und zugleich fordernder Karl Rahner im Hauptreferat der Veranstaltung. Weihbischof von Rudloff wandte das Wort der Bibel unmittelbar auf die Situation des Christen — und der Kirche in der Welt an. Damit bekundete er, und das tat eigentlich der ganze Katholikentag, daß das Bewußtsein von der ständigen Gegenwart des Herrn keinen Rückzug in die Sakristei, aber auch kein Sichverlassen auf „gesicherte“ irdische Positionen bedeutet, sondern ein Sicheinlassen in aller Ungewißheit, aber im festen Vertrauen. Die Kirche dürfe sich nicht auf rein menschliche Positionen stützen. Sie müsse vielmehr darauf gefaßt sein, daß alle irdischen Sicherungen und Vorkehrungen einmal zusammenbrechen. Sie könne sich nicht auf rein menschliche Stützen verlassen, auch wenn sie sich heute der Unterstützung des Staates und der modernen publizistischen Mittel erfreue. „Das Bewußtsein, in die Ungeborgenheit und Unsicherheit hineinzuschreiten“, sei als Teil des Erbes Ansgars aufgetragen.

Ausgehend von den konkreten Voraussetzungen, unter denen Ansgar den Norden christianisierte, und unter Hinweis auf die materielle Situation der skandinavischen Gemeinden forderte Weihbischof von Rudloff, die Kirche dürfe sich weder in ihrer Gesamtheit noch in ihren einzelnen Gliedern dem Ruf der Armut entziehen. „Die Kirche hat immer die Pflicht, die Armut des Herrn während seines irdischen Lebens darzustellen.“ Weihbischof von Rudloff warnte auch vor allzu kostspieliger Ausstattung von kirchlichen Gebäuden und Einrichtungen. Die Kirche brauche aber nicht „maßhalten“, wo es darum gehe, Menschen in ihrer Not zu helfen. In welchem Maße und in welcher Weise aber das Gebot der Nächstenliebe erfüllt werde, das müsse der Gewissensentscheidung jedes einzelnen überlassen werden. So bedeutete der Bußruf, für den Weihbischof von Rudloff die Losung gab, zugleich einen Hinweis auf die konkrete Verantwortung der Kirche in der Welt.

*Kein Klub von Auserwählten*

Als Bußruf und zugleich als Hinwendung zur konkreten Verantwortung der Kirche und des Christen in der Welt war wohl auch das Festreferat von Karl Rahner zu verstehen, der die Diasporasituation der in Hamburg versammelten Katholiken auf die Situation des Christen in der Welt von heute überhaupt übertrug. Diaspora, das sei die Situation des Christen heute schlechthin. Das verlange vom Christen Bewährung im Schwersten, das zugleich das Selbstverständlichste sei, im persönlichen All-

tag. Gerade weil die Christen in Gemeinschaft mit den Nichtchristen stünden, dürften sie sich nicht damit abfinden, daß die anderen vorlebten, was sie selbst tun müßten. Dieser Forderung entsprechen bedeute zugleich Bestehen in der Welt. Die Christen sollten sich frei halten von der „schlechten Weltanschauung jenes falschen Liberalismus, der meint, das öffentliche Leben könne und müsse weltanschaulich sterilisiert werden und Bekenntnisse und Gesinnung dürften sich nur in Kirchen und in Klubs der Humanistischen Union zu Wort melden“. Die Situation der Christen heute vertrage kein Sicheinschließen in enge konfessionelle Grenzen. Die pluralistische Gesellschaft müsse als gemeinsame Diaspora aller Christen erkannt werden. Angesichts dieser Tatsache seien alle konfessionellen Unterschiede geschichtlich sekundär geworden. Soziologisch gesehen, sei heute die Kirche in den Status einer Sekte geraten. Darin stecke gleichzeitig Chance und Gefahr. Einerseits würden die christlichen Gemeinden immer stärker brüderliche Familien, andererseits aber könnten sie auch „eine Reservation für Lebensuntüchtige“ werden, „die sich in ein gesellschaftliches Winkeldasein zurückziehen“ und sich für den „Klub der Auserwählten“ hielten. Um dem abzuweichen, müsse „alles Zopfige, Prüde und Muckerische“ aus den Gottesdiensten und dem Gemeindeleben verbannt werden. Der Übergang von der Volkskirche zur Glaubenskirche dürfe auf keinen Fall ins Getto führen, die Weltoffenheit der Christen müsse die Kirche davor bewahren. Zum ökumenischen Gespräch sagte Rahner, man werde auf die Dauer nur dann damit weiterkommen, wenn es gleichzeitig Gespräch mit der Welt von heute sei, die ganz andere Fragen an das Christentum habe, als die Konfessionen sich untereinander zu stellen pflegen. Die Christen empfänden es allerdings als wenig fair, wenn Nichtchristen insgeheim vom alten Erbe christlicher Kultur lebten und es gleichzeitig bekämpften.

#### *Die Arbeitskreise*

Im engen wörtlichen und sachlichen Anschluß an das Leitwort des Katholikentages wurden in vier Arbeitskreisen konkrete Themen und Bereiche behandelt, mit denen sich der von Rahner gezeichnete Christ in der Situation der Diaspora auseinanderzusetzen und in denen er sich zu bewähren hat. Aufgefallen ist dabei die Nüchternheit und Illusionslosigkeit, aber auch der Mut und die Offenheit, mit der die Referenten an ihre Themen herangingen. Den Gesprächen fehlte jedes fromme Pathos, das bei solchen Gelegenheiten sonst allzu leicht aufzukommen pflegt. Die Freiheit der Kinder Gottes, sich unbefangen zu brennenden Fragen zu äußern, die den Christen im Alltag und die Kirche als ganze bewegen, fand hier einen glaubhaften Ausdruck. Wohl nicht zu Unrecht sprach die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (22. 6. 65) in einem abschließenden Kommentar zum ersten Nordischen Katholikentag von „einer erstaunlich unbefangenen Selbstinterpretation“ des Christentums durch die verschiedenen Referenten. Und an selbstkritischen Akzenten hat es in diesen Arbeitskreisen wirklich nicht gefehlt.

#### *Mitten unter uns — in der Familie*

Das größte Interesse mit über 1000 Teilnehmern, überwiegend Frauen, fand der erste Arbeitskreis „Mitten unter uns — in der Familie“. Die Referentin, Frau Marianne Dirks, Köln, wandte sich gegen die Minderbewertung der

Frau und setzte sich für eine echte Partnerschaft zwischen Mann und Frau ein. Breiten Raum nahmen ihre Ausführungen zum christlichen Familienleben und zur verantworteten Elternschaft ein. „Wenn es wahr ist, daß die Familie Ecclesiola ist, ‚Kirche im Kleinen‘, so ist kaum an einer anderen Stelle die Kirche dichter in der Welt, in das Profane verwoben wie in der Ehe und Familie; nirgendwo läßt sie sich mehr in elementar menschliche Vorgänge ein als in der ehelichen Vereinigung, vor allem in Zeugung und Geburt, dort, wo im Sakrament zusammengegebene Eheleute dem Reich Christi neue Glieder schenken dürfen.“ Für die Bewertung der leiblichen Vereinigung der beiden Partner bedeute es sehr viel, wenn die Frau nicht mehr nur als Werkzeug zur Triebbefriedigung des Mannes oder zur Fortpflanzung der Menschheit betrachtet werde, erklärte Frau Dirks und fuhr dann fort: „Wir sind heute überzeugt, daß die geschlechtliche Liebe von Gott gewollt und bejaht ist, daß die Ehegatten in der leiblichen Liebe nicht weniger im Namen Christi beisammen sind als in anderem gemeinsamen Tun und Erleben; und vor allem, wenn ihre Liebe den ganzen Menschen meint und die Frau dem Mann, der Mann der Frau in gleicher Würde und gleichem menschlichen Rang Hilfe und Ergänzung schenkt. In diesem ganzen Fragenkomplex ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein Durchbruch geschehen. Das Zweite Vatikanische Konzil hat trotz mancher Rückschläge durch sein gesamtes Klima viel dabei mitgeholfen. Entscheidend ist, daß seine Öffnung für größere Gewissensfreiheit und Gewissensmündigkeit der Laien nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Sosehr wir die Sorge der amtlichen Kirche verstehen, daß durch zuviel Zugeständnisse in den Fragen der verantworteten Elternschaft der Willkür Tür und Tor geöffnet werden könnten, so wären wir doch froh, wenn sie bei einer Entscheidung klar herausstellen könnte, daß die Natur, auf die sie sich beruft, als menschliche Natur sowohl reicher wie auch komplizierter ist als die Natur der anderen Lebewesen und daß die Verfehlungen, die vor Gott schwer wiegen, die gegen die Liebe und die Menschenwürde des Partners sind.“ Zur Stärkung der Familie forderte Frau Dirks eine gründliche Ehevorbereitung, fortlaufende Elternbildungsarbeit und Mütter-schulung. Gerade hier hätten die Laien in der Kirche ihre legitimen Aufgaben.

#### *Der Sachverstand des Laien*

Die Anerkennung des Sachverstandes des Laien auf dem Gebiet der modernen Arbeitswelt sei kein Zugeständnis an ihn, kein Entgegenkommen der hierarchischen Kirche, sondern „ein Recht, auf das er Anspruch hat und auf das er nicht verzichten kann, wenn er seinem Auftrag in der Arbeitswelt nachkommen soll“. Dies betonte Hans Deckers, Heidelberg, im zweiten Arbeitskreis „Mitten unter uns — am Arbeitsplatz“. Das Ziel sei nicht, die Arbeitswelt zu verchristlichen, sondern sie sachgerechter zu gestalten. Die konkrete Arbeitswelt sei durch vier Merkmale gekennzeichnet: den vorherrschenden Einfluß der Naturwissenschaften und der Technik; den Vorrang des ökonomisch richtigen Denkens; die soziale Komponente der Arbeitswelt, wie Mitbestimmung, Tarifverträge, Betriebseinrichtungen usw.; die pädagogische Seite, wie Betriebsklima und Erziehung der Lehrlinge. Die bisherige Haltung der katholischen Christen und auch der offiziellen Kirche zu der in den letzten 150 Jahren entstandenen Arbeitswelt sei durch eine weitgehende Abstinenz gekenn-

zeichnet. Als Gründe dafür nannte Deckers das Defizit der Katholiken an Mittelschülern und damit an technischem Führungsnachwuchs und die mangelhafte Integration des katholischen Bevölkerungsanteils in die technisch-ökonomisch bestimmte Arbeitswelt. „Unbewußt leidet man immer noch an einem Galilei-Komplex. Die Beschäftigung mit ökonomischen Fragen steht unter dem Verdacht eines Materialismus, der eherne Sittlichkeitsnormen soziologisch-psychologisch verfälscht. Nicht der Erfolg der Arbeit ist vor Gott als wichtig betrachtet worden, sondern nur die Gesinnung, in der sie getan wird.“

#### *Brüderliche und „offene“ Gemeinden*

Der dritte Arbeitskreis entfaltete das Thema „Mitten unter uns — in der Gemeinde“. Da der Referent, Domkapitular Wilhelm Stammkötter, erkrankt war, mußte dessen Referat verlesen werden. Stammkötter ging aus von den drei Gegenwartsweisen Christi in seiner Kirche: in Sakrament, Wort und Gemeinde. Von hier leitete er die Folgerungen für eine brüderliche Struktur der Kirchengemeinde ab. Kirchliche Gemeinden seien nicht nur irgendwelche organisatorische Notwendigkeiten, sondern fußten auf geistlichen Grundgegebenheiten. Der Brudergedanke sei eine solche Grundgegebenheit des Lebens und Handelns in der Gemeinde. Wie der Bischof mit den Priestern, müsse der Seelsorger in Planung und Durchführung der Pfarrseelsorge mit den Gemeindegliedern zusammenarbeiten. Der Geist der Kollegialität habe nicht nur für die Kirchengemeinde „im fernen Rom“ seine Bedeutung. Mit der Devise des Brav- und Fügsamseins könnten die Laien heute nicht die Stoßkraft der Kirche in der Welt erhöhen. Es sei vor allem in den Diasporagemeinden falsch, „immer die missionarische und apostolische Peitsche zu schwingen und nur von Aufgaben und Verantwortung zu reden“. Wörtlich sagte Domkapitular Stammkötter: „Luther hat die Explosivkraft des Wortes neu entdeckt, wir müssen die gleiche Kraft der christlichen Gemeinde wiederentdecken, die Menschen warten darauf, gerade in unseren Großgemeinden.“ Die Kirche müsse heute auf neuen Wegen zur Präsenz in der Welt kommen, aber es brauche auch Verstand, Willen und neue Ideen, „daß die christliche Brüderlichkeit in unseren Gemeinden neu erlebt und gelebt wird“. Die Forderung, die heutigen Gemeinden stärker zu öffnen und sie aus einer „Exklusivsphäre“ zu lösen, beherrschte auch die anschließende Podiumsdiskussion.

#### *Mitten unter uns — in der Welt*

Im vierten Arbeitskreis „Mitten unter uns — in der Welt“ erinnerte Bernd Nellessen, Hamburg, daran, daß die Christen, gleich welcher Konfession, eine Minderheit seien, die nicht wachse, sondern schrumpfe. Zum Ansturm junger, nichtchristlicher Völker geselle sich der militante Atheismus und eine totale Gleichgültigkeit. Wörtlich erklärte Nellessen: „Der Christ von heute kann nicht mehr im Gewächshaus behütet werden. Will die Kirche wirklich das Ohr des modernen Menschen finden, dann muß sie bereit sein, ihre Gläubigen selbst auf die Gefahr des Abfalls hin dem Abenteuer des Geistes und dem Sturm der Welt auszusetzen. Dazu aber bedarf der Christ eines besseren Rüstzeuges und auch eines größeren Wagemutes als bisher. Mit einem Heer von Absolventen katholischer Zwergschulen ist nichts mehr zu machen. So wie die Kirche allenfalls nur noch Partner des Staates sein kann, so wird sie auch ihre Mitglieder nur noch als denkende

Partner aus Überzeugung, nicht aus Zwang, aus freiwillig vollzogenem Gehorsam, nicht aus fauler, nur milieubedingter Sitte heraus akzeptieren dürfen.“ Christ sein in dieser Zeit heiße von liebgewordenen Traditionen, Auffassungen und überkommenen Verkleidungen vieler Lehrmeinungen Abschied nehmen. Den Katholiken falle das naturgemäß schwer, denn sie seien es ja gewohnt gewesen, von „der Kirchenobrigkeit den Marschbefehl für das Leben und Verhalten sehr detailliert“ zu bekommen. Viele Katholiken seien in der Auffassung erzogen, von der Kirche für alles und jedes klare Richtlinien zu erhalten. So hofften sie auch in der Frage der Geburtenregelung auf ein „befreiendes Wort“. „Aber in jener Form, wie es viele erwarten, wird es ganz bestimmt ausbleiben. Die Kirche wird die Ehepartner auf ihre Verantwortung verweisen; sie wird an ihr Gewissen appellieren, und sie wird den Katholiken vor eine schwieriger gewordene Gewissensentscheidung stellen.“

#### *Ökumenische Feierstunde*

Am Samstagabend versammelten sich rund 10 000 evangelische und katholische Christen in einer Ökumenischen Feierstunde im Hamburger Stadtpark zu gemeinsamer Schriftmeditation und zu gemeinsamem Gebet. Hauptpastor Harms bemerkte dazu, eine Zusammenkunft mit programmatischen Reden hätte kaum soviel Widerstand und Kritik in den Kirchen gefunden wie der Wille, gemeinsam auf das Wort Gottes zu hören und gemeinsam zu beten. Gerade das aber wollte man und hatte damit ein eindrucksvolles ökumenisches Zeugnis gegeben. Beide Teile waren um möglichste Rücksicht und Klarheit bemüht. So war beim Apostolischen Glaubensbekenntnis auf Wunsch der Evangelischen ihr Wortlaut des Textes unverändert gelassen worden, um Einheit nicht vorzutäuschen. Neben den Bischöfen aus den norddeutschen und skandinavischen Diözesen sowie Apostolischen Vikariaten nahmen auch die Vertreter des Heiligen Stuhls, der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Corrado Bafale, und der Apostolische Delegat für die nordischen Länder, Erzbischof Bruno Heim, teil.

Hauptpastor Harms wies in seiner Ansprache darauf hin, daß Katholiken und Protestanten zu dieser gemeinschaftlichen Feier zusammengekommen seien, ohne gemeinsam das Abendmahl feiern zu können, und sagte wörtlich: „So spüren wir schmerzlich die Grenzen, die viel zu engen Grenzen unserer Gemeinsamkeit. Wir machten uns einer unerlaubten Gleichmacherei schuldig, wollten wir diese Tatsachen nicht sehen. Darin, daß wir uns nicht gemeinsam am Tisch des Herrn durch seinen Leib und sein Blut stärken lassen können, liegt ja der Grund für all das, was unser tägliches Miteinander oft so schwer macht und aus dem Miteinander so leicht ein Nebeneinander und leider auch oft genug ein Gegeneinander werden läßt.“ Deshalb würden die ungelösten Fragen etwa im Bereich der Mischehenpraxis oder der Taufe so schmerzlich empfunden. In der Tat seien die Christen durch grundlegende Verschiedenheiten im Verständnis dessen, was die Kirche Jesu Christi ist, und auch dessen, was ein Gottesdienst ist, getrennt. Es sollte keinen schockieren, wenn auf dieser Feierstunde diese bitteren und schmerzlichen Dinge festgestellt werden. Trotzdem seien die Christen hier zusammengekommen, um gemeinsam sich dem Wort Gottes zu öffnen, den Heiligen Geist zu erbitten und Gott miteinander zu bestürmen, er möge Herzen und Verstand öffnen und erneuern, „daß wir aus der Heillosigkeit und

aus dem Ungehorsam unserer Zerrissenheit herausgeführt werden zu neuem Gehorsam in brüderlicher und christlicher Verbundenheit“.

Bischof Hermann Volk von Mainz, der an Stelle von Kardinal Bea, der ursprünglich zugesagt hatte, sprach, nahm den bekannten Johannestext aus den Abschiedsreden des Herrn zur Grundlage seiner Predigt. Die Christen sollten in der Einheit sein, die teilnimmt an der Einheit von Vater und Sohn im Heiligen Geist. Durch Taufe und Gnade seien die Christen hineingenommen in diese göttliche Gemeinschaft. Das heilige Abendmahl sei das Zeichen dieses Zusammenhangs. „Angesichts alles dessen befällt uns der Schrecken, daß wir nicht geeint sind“, sagte Bischof Volk. „Hier wird uns die Spaltung als Wunde am Leib Christi bewußt. Die Botschaft derer, die sich als Christi Kirche verstehen, wird geschwächt, verliert an Überzeugungskraft. Es gibt keinen Trost darüber, daß die Christen nicht geeint sind, und wir müssen unsere Schuld dabei bekennen... Wir sollen tun, was in unseren Kräften steht, denn die Trennung soll nicht sein. Dies anzuerkennen ist ein erster Schritt... Zweitens sollen wir uns nicht freuen an den gegenseitigen Schwächen, sondern uns freuen am Christlichen, wo wir es finden, und bereit sein, da, wo es möglich ist, miteinander zu handeln... Drittens endlich müssen wir gemeinsam auf den Herrn zugehen. In der gemeinsamen Bewegung auf Christus hin können wir näher zusammenkommen als in jeder Bewegung gegenseitig aufeinander zu.“

Um diese Ökumenische Feierstunde, deren Ablauf bereits vor Monaten von einer gemeinsamen evangelisch-katholischen Kommission ausgearbeitet worden war, hatte noch bis kurz vor dem Katholikentag Unsicherheit geherrscht (vgl. „Echo der Zeit“, 27. 6. 65). Im Anschluß an die im Januar dieses Jahres erteilten „Ratschläge“ der evangelischen Bischöfe über gemeinsame Gottesdienste (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 238) und die wenige Wochen später von der Hofheimer Konferenz der katholischen deutschen Bischöfe verordneten „Weisungen“ über Gottesdienste mit Christen anderer Konfessionen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 349) war Unklarheit darüber entstanden, ob denn nun diese Feier so stattfinden dürfe wie vorgesehen, bis von Bischof Helmut Hermann Wittler eine klärende Stellungnahme erfolgte, wonach die Feierstunde durchaus im Sinne zumindest des nördlichen Episkopats sein mußte. Wohl auch wegen der vorausgegangenen Schwierigkeiten war man in den Ansprüchen bei der Feierstunde besonders darauf bedacht, nicht nur auf das Gemeinsame, sondern noch schärfer auf das Trennende hinzuweisen und keinerlei Illusionen aufkommen zu lassen.

#### *Grußwort des Papstes*

Papst Paul VI. hatte aus Anlaß des Katholikentages in Hamburg eine Grußbotschaft an den Bischof von Osnabrück, Helmut Hermann Wittler, zu dessen Diözese Hamburg gehört, gerichtet, worin er auf die Geschichte der Christianisierung des Nordens einging und das Missionierungswerk Ansgars würdigte. Die Katholiken der Diaspora rief der Papst auf, wie die Kirche selbst „zwischen den Anfechtungen der Welt und den Tröstungen Gottes auf seinem Pilgerweg“ dahinzuschreiten (Augustinus, De Civitate Dei XVIII, 51, 2). Alle Menschen seien gerufen, Teile des einen Gottesvolkes zu sein, „das eines bleibt und sich über die ganze Welt und alle Zeiten ausbreitet“. Darin vollende sich der Wille Gottes, der

seine Kinder aus der Zerstreung wieder zur Einheit versammelt (vgl. Joh. 11, 52). Die Gnade ernster Umkehr und die Sehnsucht nach Einheit habe Christus gerade in jüngster Zeit reichlich über die gespaltene Christenheit ausgegossen. Von ihr seien viele Menschen ergriffen. Auch unter den getrennten Brüdern sei durch die Einwirkung des Heiligen Geistes eine sich von Tag zu Tag weiter ausbreitende Bewegung zur Wiederherstellung der Einheit aller Christen entstanden. „Freudigen Herzens erwägt das Zweite Vatikanische Konzil, dem es ein besonderes Anliegen ist, die Einheit unter den Jüngern Christi wiederherzustellen zu helfen und allen Katholiken Mittel und Wege aufzuzeigen, wie sie diesem göttlichen Ruf und dieser Gnade entsprechen können.“ So stand auch hier das ökumenische Anliegen im Vordergrund!

#### *Skandinavische Bischofskonferenz*

Einen Tag vor Beginn des Nordischen Katholikentages tagte in Hamburg die Skandinavische Bischofskonferenz, die sich aus den Bischöfen aller skandinavischen Länder zusammensetzt. Wie der Vorsitzende der Konferenz, Bischof Taylor von Stockholm, vor der Presse mitteilte, wurde dabei in erster Linie über ein neues Statut der Konferenz beraten, das es möglich machen soll, für alle fünf skandinavischen Länder verbindliche Beschlüsse zu fassen. Die Bischöfe berieten auch über die Durchführung der Liturgiereform. Als Begründung für den stärkeren Gebrauch der Landessprache in der Liturgie nannte Bischof Taylor auch die Erleichterung der Zusammenarbeit mit den protestantischen Kirchen. Wie in anderen Ländern stößt die Durchführung der Reform auch hier auf Schwierigkeiten. Wie Bischof Taylor mitteilte, gebe es in Skandinavien starke Minoritäten, die sich für die Beibehaltung des Latein einsetzen.

#### **Ein ökumenisches Symposium in Wien**

Am 18. und 19. Juni 1965 fand an der Wiener Universität ein „Ökumenisches Symposium“ statt, auf welchem der griechisch-orthodoxe Metropolit von Heliopolis und Thyra, Meliton, bevollmächtigter Sprecher des Ökumenischen Patriarchen und Präsident der Zweiten und Dritten Panorthodoxen Konferenz von Rhodos, und von katholischer Seite Bischof Jan Willebrands, Sekretär des Sekretariates zur Förderung der Einheit der Christen, die Hauptreferate hielten. Veranstalter war die Stiftung „Pro Oriente“, die im November 1964 von Kardinal König ins Leben gerufen worden ist, um von Wien aus das Anliegen der Wiedervereinigung zu fördern und dazu die besonderen Möglichkeiten Wiens und Österreichs einzusetzen. Diesem Ziel dienen Publikationen über Fragen des Ostens und der Orthodoxie, vor allem in der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“, die mit der Stiftung zusammenarbeitet, wissenschaftliche Forschungsarbeiten, Stipendien zum Austausch von Studierenden und graduierten Theologen aus Ost und West und die Herstellung von Kontakten. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ist der frühere Unterrichtsminister und jetzige Vizebürgermeister von Wien, Heinrich Drimmel. Das Symposium vom 18. und 19. Juni war die erste größere Veranstaltung der Stiftung.

#### *Begrüßung durch Kardinal König*

Zur Einleitung legte Kardinal König dar, daß Wien besonders günstige Voraussetzungen zur Wiederbegegnung von Ost- und Westkirche biete. Wien besitze die jahrhun-

dertealte Tradition des Vielvölkerstaates, in welchem Ost und West immer in Kontakt standen. Österreich habe schon im 17. Jahrhundert als erster katholischer Staat auf seinem Gebiet eine autokephale orthodoxe Nationalkirche, die Metropole Karlowitz, errichtet und in der Folgezeit eine ständige Verbindung mit der Orthodoxie gepflegt, u. a. die Entsendung orthodoxer Theologen aus Bosnien zu Studien nach Athen gefördert. Was die Gegenwart betrifft, so habe Wien gelernt, auf sein politisches Prestige als Hauptstadt einer Weltmacht zu verzichten, ohne deswegen das traditionelle Erbe der guten Nachbarschaft nach dem Osten hin zu vergessen. „Wien möchte ohne politische Aspirationen geistiger Umschlagplatz und dadurch auch ein wenig geistiges Strahlungszentrum in weitere Bereiche sein . . . Die Ostkirche mag — auf Grund mancher unangenehmer Erfahrung — hinter so manchem Gespräch ein verstecktes Expansionsstreben vermuten. In der heutigen Atmosphäre Wiens ist sicher davon nichts vorhanden. Das Schicksal unserer Stadt, unseres Staates und unseres Volkes lassen solche Ideen nicht aufkommen. So bietet sich Wien als Brücke an, nicht als Brückenkopf, sondern als echte Brücke. Die Wahl gerade dieser Stadt, die so manches von ihrer einstigen äußeren Macht abgegeben hat, ohne jedoch dadurch an Schönheit und Würde zu verlieren, könnte vielleicht ein Symbol sein für die Bereitschaft der katholischen Kirche, das Gespräch mit der Orthodoxie zu eröffnen, unter Verzicht auf einstige Prestigeansprüche.“

Auch der Neutralitätsstatus könne zur Erleichterung des allseitigen Dialoges beitragen. Als Staatsbürger eines neutralen Landes hatte der Erzbischof von Wien schon mehrmals Gelegenheit, katholische Bischöfe der Oststaaten zu besuchen. Diese Besuche waren „nützlich und gut und stellen eine echte Aufgabe des Wiener erzbischöflichen Stuhles dar, vielleicht auch deshalb, weil sie nur von hier aus möglich sind“. Ähnliche Kontakte könnten auch zur orthodoxen Hierarchie aufgenommen werden. Wenngleich es sich hier um zwei verschiedene Probleme handle, so überschneiden sie sich doch in Raum und Zeit. Aus geographischen, historischen, psychologischen und politischen Gründen scheine von Wien aus der Zugang zum Osten leichter zu sein als von irgendeiner anderen Stadt.

#### *Der Vortrag des Metropoliten Meliton*

Der Sprecher des ersten Tages, Metropolit Meliton, der in griechischer Sprache (mit Simultandolmetscher) seinen Vortrag über „Die Wiederbegegnung von Ostkirche und Westkirche“ hielt, überbrachte als erstes den Gruß des Ökumenischen Patriarchen. Wenn in der Geschichte der Wiedervereinigung der Christen, so führte der Metropolit aus, die wichtigsten Geschehnisse der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts die Kontakte der Orthodoxie mit den aus der Reformation entstandenen Kirchen waren, so in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Wiederbegegnung der römisch-katholischen Kirche und der orthodoxen Kirche. Es sei ein großartiges Ereignis, daß die beiden Kirchen nach neun Jahrhunderten der Trennung und vollständigen Entfremdung sich bereit finden, von nun an den Weg zur Einheit zu gehen. Es handle sich dabei allerdings nicht um zwei fremde, sondern um zwei einander entfremdete Kirchen. Es gebe mehr Elemente der Gemeinschaft und Einheit in den beiden Kirchen als Elemente des Unterschiedes. Wie ein Paradoxon erscheint es, daß bei aller Nähe in der Lehre die größte Entfernung in der Gemeinschaft und in der Liebe entstand.

Wenn heute die gemeinsamen, einigenden Elemente hervorgehoben werden, so heiße das nicht, daß man die Unterschiede in der Lehre übersehe oder vereinfachen wolle. Doch werden heute diese Untersuchungen in einem neuen Geist geführt.

Metropolit Meliton wies auf die Entstehung und Ausbreitung des ökumenischen Geistes und die Errichtung des Weltkirchenrates hin und wiederholte den Wunsch, den er bereits 1964 in Enugu (Nigeria) ausgesprochen hatte, daß nämlich die römisch-katholische Kirche Vollmitglied im Weltrat der Kirchen werde.

Der Metropolit gab einen Überblick über den Anteil der orthodoxen Kirche an der Ökumenischen Bewegung und betonte, wie sehr diese Beteiligung die Annäherung zwischen römisch-katholischer Kirche und Weltkirchenrat und zwischen römisch-katholischer Kirche und orthodoxer Kirche gefördert habe. Die entscheidenden Schritte erfolgten von Papst Johannes XXIII. und vom Ökumenischen Patriarchen Athenagoras: die Ankündigung des Zweiten Vatikanischen Konzils; die Einberufung der Ersten Panorthodoxen Konferenz auf Rhodos; die Weiterführung des Werkes durch Papst Paul VI.; der Austausch von Briefen, anfangs wohl etwas zögernd, bald aber sehr herzlich und vorbehaltlos, so daß man sich in die Zeit vor dem Schisma zurückversetzt glaubte, als habe dieses nie existiert; die Begegnung von Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras in Jerusalem am 5. und 6. Januar 1964; die Zweite und Dritte Panorthodoxe Konferenz auf Rhodos mit dem Wunsch, den Dialog mit Rom zu beginnen; die offizielle Delegation des Patriarchats nach Rom am 14. Februar 1965, die erste nach so vielen Jahrhunderten der Trennung (bei welcher Metropolit Meliton Delegationsführer war); die päpstliche Delegation unter Führung von Kardinal Bea beim Patriarchen in Konstantinopel am 2. April 1965.

#### *Merkmale gegenseitiger Annäherung*

So ergab sich als Frucht der bisherigen Bemühungen der gemeinsame Beschluß, alles, was die Einheit fördert, vorzubereiten. Beide Kirchen zeigen sich einig in der hierbei einzuschlagenden Methode: Weiterführung, Vertiefung und Erweiterung eines systematischen Dialogs der Liebe und durch ihn die Bereitung eines geeigneten Bodens und der Bedingungen für den Beginn eines tatsächlichen und fruchtbaren theologischen Dialogs.

Für die Entwicklung im Verhältnis zwischen Ost- und Westkirche seien folgende Momente charakteristisch:

1. Der Wille zur Einheit ist in beiden Kirchen gleichzeitig aufgetreten, und zwar in Freiheit und in einer eigenen Spiritualität und nicht von außerkirchlichen Zweckmäßigkeiten bewirkt.
2. Wenngleich sich jede der beiden Kirchen klar bewußt ist, die einzige, ausschließliche und katholische Kirche Christi zu sein — mag auch der Glaube sich in verschiedenen logischen Formen ausdrücken —, so trifft sie keine Vorentscheidung gegenüber dem Wirken des Heiligen Geistes, sondern vertraut sich Christus und seinen Wegen an.
3. In jeder der beiden Kirchen ist das Problem der Einheit mit dem Problem der inneren Erneuerung verbunden. Diese organische Verbindung von Erneuerung und Einheitsstreben ist eine neue schöpferische Weise der Annäherung an die Einheit und erleichtert den Dialog der Kirchen untereinander und ihren Dialog mit der Welt. Den Kirchen wird dadurch die Möglichkeit gegeben, ihre

Gemeinsamkeiten zu entdecken, aufeinander einzugehen und gegenüber der Welt ein gemeinsames Zeugnis abzugeben.

4. In beiden Kirchen wächst die Tendenz, eine neue Sprache zu verwenden, welche die Wahrheit, ohne sie preiszugeben, in Liebe darzustellen sucht. Die Sprache, das wunderbare Werkzeug des Menschenverstandes, Mittel des Verständnisses der Menschen untereinander, wurde in der Vergangenheit oft zu einem Mittel des Unverständnisses und der Dunkelheit; ganze Bände füllen die Worte gegenseitiger Verdammung. Nun aber befinden wir uns auf dem Weg zu einer neuen, gemeinsamen kirchlichen und theologischen Sprache.

5. Dadurch, daß der Dialog als die Methode, sich der Einheit zu nähern, angenommen worden ist, sind die anderen Methoden der früheren Zeit zwecklos geworden, nämlich die Aufrufe „zurückzukehren“ oder die Versuche der Absorption durch Proselytismus.

6. Der Dialog und die durch ihn erstrebte Einheit sind nicht bloß ein Anliegen der Kirche und der Theologen, sondern der Kirchen in ihrer Gesamtheit. Die Forderung nach Erneuerung beschränkt sich nicht auf die Kirchen als Institution, sondern dehnt sich auf das ganze Kirchenvolk und jeden einzelnen aus.

#### *Auswertung des bisher Erreichten*

Diese Fortschritte, welche die Erwartungen in manchem übertroffen haben, dürfen freilich nicht vergessen machen, daß die Einheit noch nicht erreicht ist. Die bestehenden Unterschiede in den Fragen des Glaubens und der kanonischen Ordnung werden Gegenstand eines vorsichtigen Studiums sein.

Zu den Hoffnungen und Erwartungen, verstanden als gemeinsame Hoffnungen beider Kirchen gegenüber dem Anliegen der Einheit, erklärte Metropolit Meliton: 1. Das bisher Erreichte wird auf allen Ebenen der kirchlichen Hierarchie, in der theologischen Erziehung und in der kirchlichen Presse ausgewertet werden, damit die Vorurteile beseitigt und neue günstige psychologische Voraussetzungen geschaffen werden. 2. Beim Dialog wird an die Stelle des Geistes des argumentierenden Wettfeiern für den Sieg der Geist des Dienstes und die Trennung des Wesentlichen vom Nebensächlichen treten. In der Zwischenzeit wird es jede Kirche vermeiden, den vorhandenen Gegensätzen neue hinzuzufügen. 3. Beide Kirchen verzichten auf gegenseitige Propaganda und Proselytismus und vermeiden Worte und Taten, welche die gegenseitige Achtung und Liebe verletzen können. 4. Die Einheit der beiden Kirchen wird nicht als Ziel für sich, sondern als Beitrag an der umfassenden Einheit der christlichen Welt und des Friedens in der Menschheit angestrebt.

Mit diesen Hoffnungen, so schloß Metropolit Meliton mit großer Überzeugungskraft, können wir zuversichtlich dem Tag entgegensehen, wo wir gemeinsam den Glauben bekennen und am mystischen Abendmahle teilnehmen. Zuvor aber müßten wir erst die Situation der Fußwaschung durchleben.

#### *Das Referat von Bischof Willebrands*

Bischof Jan Willebrands, der am zweiten Tag des Symposions zum gleichen Thema sprach, begann mit der Feststellung, daß in den neun Jahrhunderten der Trennung die Begegnungen immer seltener und schwieriger wurden, was schließlich zur völligen Entfremdung und sogar Feindseligkeit führte. Im Westen ging das Bewußtsein

verloren, daß die Kirche und ihre Sakramente in den Ostkirchen weiterlebten und die Gemeinschaft des Glaubens, wenn auch nicht in der Fülle, so doch in den wesentlichen Elementen bewahrt blieb.

Allmählich hat sich dann in der katholischen Kirche ein Wandel vollzogen. Ausdruck dafür war die Gründung des Zentrums „Istina“ in Paris und des Orientalischen Instituts in Rom, deren Aufgabe die objektive Forschung und die Anbahnung eines gegenseitigen Verständnisses sind. Die eigentliche Umkehr aber kam durch Johannes XXIII. Er erlaubte nicht nur einzelnen Theologen, an ökumenischen Veranstaltungen teilzunehmen, sondern machte das ökumenische Gespräch zur Aufgabe der gesamten Kirche (durch die Schaffung des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, durch Einladung an die anderen Kirchengemeinschaften, durch Beobachter am Konzil teilzunehmen und durch Teilnahme katholischer Beobachter an Veranstaltungen der anderen christlichen Gemeinschaften). So entstand ein neues Klima des Vertrauens, ein Dialog der Liebe unter den Christen, die sich durch die Taufe als Brüder erkennen.

Zu dem gelegentlich erhobenen Einwand, ob nicht durch diese Kontakte die Gefahr der Glaubensindifferenz entstehe, erklärte Bischof Willebrands, daß es längst Millionen Indifferente in unserer und in den anderen Kirchen gebe. Für diejenigen aber, die bereit sind, die Last der Getrenntheit zu ertragen und darunter zu leiden, ist der Glaube eine so ernste Sache und die Wiederherstellung der Einheit ein so großes Anliegen, daß die Gefahr der Indifferenz bei ihnen weit entfernt ist. Papst Johannes XXIII., der sich sehr um die Frage mühte, wie weit wir von uns aus gehen können, um den anderen zu begegnen, zugleich aber jeden Kompromiß hinsichtlich der Integrität des Glaubens ablehnte, fürchtete jedenfalls keine Indifferenz.

#### *„Großartiger Fortschritt“*

Was den Wunsch nach Teilnahme der katholischen Kirche am Weltkirchenrat betrifft, so müsse man langsam vorgehen, denn die Wiederbegegnung stellt, wie Bischof Willebrands betonte, große Anforderungen an die Tradition und das theologische Denken der katholischen Kirche. Ob eine Mitgliedschaft denkbar ist, stehe offiziell nicht zur Debatte. Mit dieser Feststellung wolle er sich keineswegs dagegen erklären. Eine Arbeitsgruppe im Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen befaßt sich derzeit mit den Prinzipien und Methoden einer künftigen engeren Zusammenarbeit.

Doch schon das gegenwärtig Erreichte stelle einen großartigen Fortschritt in den Beziehungen zwischen Ost- und Westkirche dar. Vor allem das Dekret über den Ökumenismus, die Konstitution über die Kirche, das Prinzip der Kollegialität in der Kirche, die Konstitution über die Liturgie. Aus allen Konzilstexten gehe hervor, daß die Orthodoxie nicht als außerhalb der Kirche befindlich betrachtet werde, da sie ja über alle Heilmittel verfüge. Es bestehe die Möglichkeit eines gemeinsamen Gebetes und gemeinsamen Gottesdienstes. Ein ernstes Problem sei die *Communicatio in sacris*, nämlich die gemeinsame Eucharistiefeier: Weil die Eucharistiefeier immer mehr als eine private Angelegenheit, nämlich das Bekenntnis zur Gemeinschaft der Kirche war und die Einheit in ihrer Vollkommenheit andeutet, schließt das Fehlen dieser Einheit die gemeinsame Eucharistiefeier aus. Man könne nicht eine Wirklichkeit bezeichnen, die nicht bestehe. Da-

gegen erscheine in individuellen Fällen die Spendung der Eucharistie an Christen der anderen Kirche möglich. Wenn ein orthodoxer Christ einen katholischen Priester um die Eucharistie bittet und umgekehrt, müsse der Priester in Übereinstimmung mit der Disziplin seiner Kirche handeln, weshalb ein Meinungsaustausch zwischen den Kirchen nötig ist. Zum Schluß stellte Bischof Willebrands nochmals die Verpflichtung zur Wiederbegegnung heraus: Weil Christus die Quelle der Liebe und Wahrheit ist, haben wir die Aufgabe, die Liebe in der Wahrheit und die Wahrheit in der Liebe wiederherzustellen.

Unmittelbar nach dem Vortrag erhob sich Metropolit Meliton und gab, sichtlich bewegt, vor dem Auditorium dem Bischof der Westkirche den Friedenskuß. Auch am Vortrag hatten Kardinal König und Metropolit Meliton, nachdem dieser dem Kardinal eine Christusikone überreicht hatte, den Friedenskuß getauscht.

Das Schlußwort sprach im Namen der Stiftung „Pro Oriente“ Vizebürgermeister Heinrich Drimmel. Unter den Anwesenden befanden sich der Apostolische Nuntius Rossi und der griechisch-orthodoxe Metropolit für Österreich, Tsiter.

An den beiden Tagen fanden auch im engeren Kreise Gespräche statt, von deren Ergebnis nichts weiter verlautet wurde, als daß sie in sehr guter Atmosphäre verliefen. Teilnehmer waren die bereits genannten Vortragenden, ferner Metropolit Tsiter, eine Anzahl Theologen aus Wien, wie Prof. Klostermann, Prof. Kondrinewitsch, Prof. Lehmann, Prof. Mauer, die beiden Historiker Univ.-Prof. Herbert Hunger und Univ.-Prof. Endre v. Ivánka, ferner Wilhelm de Vries SJ (Rom), C.-J. Dumont OP (Paris), Prof. Biedermann (Würzburg), drei Benediktinerpatres aus Chevetogne (Belgien), Prof. Nikos Nissiotis (Genf) und Prof. Konstantin Kallinikos (Athen).

#### **Kirchliche Statistik für Österreich**

Jedes Jahr sammelt das Österreichische Seelsorge-Institut von den einzelnen Diözesen, die sich wieder auf die Angaben der Pfarren stützen, Zahlen über Katholiken und Priester, Messbesuch und Kommunionempfang, Trauungen, Taufen und Beerdigungen, Kircheneintritte und Kirchenaustritte, um in etwa ein Bild der religiösen Praxis zu vermitteln. In der „Herder-Korrespondenz“ wurde darüber für das Jahr 1951 (7. Jhg., S. 247 f.) und für das Jahr 1957 (13. Jhg., S. 365) berichtet. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf das Jahr 1963. Vergleiche mit den früheren Berichten zeigen keine sehr auffälligen, doch immerhin bemerkenswerten Veränderungen.

Die Zahl der Katholiken wird für 1963 mit 6 486 616 angegeben. Diese weicht aber beträchtlich vom Ergebnis der Volkszählung des Jahres 1961 ab, wo 6 295 075 Katholiken ausgewiesen wurden. Die Differenz von fast 3% kann nicht durch die Zwischenzeit von zwei Jahren erklärt werden, sondern durch die Tatsache, daß die Pfarrkarteien, besonders in den unübersichtlichen Großstadtpfarreien mit ihren vielen Namenskatholiken und bei der relativ großen Beweglichkeit der Bevölkerung, schwer auf dem richtigen Stand gehalten werden können und daher viele Namen von Leuten enthalten, die bereits nicht mehr zur Pfarrei gehören. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Österreichs — 7 063 800 — hat sich der Anteil der Katholiken mit 89% der Gesamtbevölkerung kaum verändert.

#### *Seelsorgliche Betreuung*

Um die 6 295 075 Katholiken sind in 2904 Pfarren und 94 nicht pfarrlichen Matrikelstellen 3161 Weltpriester und 1040 Ordenspriester, zusammen also 4201 Geistliche bemüht. Nicht in der Pfarrseelsorge arbeiten 1119 Priester: davon sind 251 im Schuldienst, 173 in Anstalten, 220 in Verbänden und in der Verwaltung. 475 sind nicht mehr im kirchlichen Amt (Ruhestand). Im Vergleich zum Jahre 1957 hat sich die Zahl der in der Pfarrseelsorge tätigen Priester um 51 verringert, während sich die Zahl der anderwärts beschäftigten Geistlichen (zufällig ebenfalls) um 51 erhöht hat. Diese Verschiebung ist auf die größere Zahl der im Ruhestand befindlichen Priester zurückzuführen, ein Vorgang, der sich aus der großen Überalterung des Klerus erklärt.

Die Relation Pfarrklerus — Katholikenzahl (diese immer nach der Volkszählung des Jahres 1961) beträgt 1 : 1499. Sie betrug 1957 1 : 1480 und 1951 1 : 1390, wird also immer ungünstiger. Beim Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist allerdings zu berücksichtigen, daß in vielen Ländern der Gesamtklerus, nicht der Pfarrklerus zur Katholikenzahl in Beziehung gesetzt wird.

Nach Diözesen ergeben sich folgende Unterschiede (die Katholikenzahlen der Kirchenstatistik für jede Diözese einheitlich um 3% vermindert, da sich die amtlichen Zahlen auf die Bundesländer beziehen, diese aber nur teilweise mit den Diözesen zusammenfallen): Auf einen in der Pfarrseelsorge tätigen Priester kommen (in Klammern die Zahlen von 1957): Wien 1987 (2018); Eisenstadt 1181 (1216); St. Pölten 1145 (1179); Linz 1522 (1492); Salzburg 1375 (1336); Graz 1580 (1546); Klagenfurt 1313 (1184); Innsbruck 981 (970); Feldkirch 1132 (977) Katholiken. Feldkirch wird hier von Innsbruck getrennt geführt, weil die damalige Apostolische Administration und heutige Diözese Innsbruck-Feldkirch zwei verschiedene Bundesländer umfaßt und auch in der kirchlichen Verwaltung in vielen Belangen geteilt ist.

Die Relation hat sich also in den meisten Diözesen verschlechtert. Auffällig ist, daß sie sich in Wien, Eisenstadt und St. Pölten verbessert hat.

#### *Gottesdienstbesuch und Sakramentenempfang*

Die Zählung der Kirchenbesucher („Dominicantes“), je einmal in der Fastenzeit und im Herbst, ergab einen Mittelwert von 2 030 100. Das sind 32,2% der Getauften (1957 : 32,9%). Der Rückgang ist also nicht bedeutend. Der in der Pastoralsoziologie, u. a. vom Internationalen Institut für kirchliche Sozialforschung (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 52 f.) verwendete Begriff „Gottesdienstziffer“ ist allerdings mit dieser Zahl nicht identisch, da dort von der Gesamtzahl der Getauften 15%, nämlich Kinder, Kranke und Alte, abgerechnet werden und dann erst der Prozentsatz bestimmt wird. Das ergäbe 37,9%. Wegen des Vergleichs mit dem Bericht für 1957 werden aber im folgenden die 15% Entschuldigten nicht weggerechnet. Nach Diözesen ergeben sich folgende Unterschiede: Wien 21,0% (1957 23,1%); Eisenstadt 42,0% (1957 39,7%); St. Pölten 39,1% (1957 38,9%); Linz 43,2% (1957 41,5%); Salzburg 38,5% (1957 36,6%); Graz 27,2% (1957 29,8%); Klagenfurt 28,1% (1957 29,2%); Innsbruck 51,3% (1957 51,5%); Feldkirch 47,8% (1957 50,2%).

Ein Vergleich mit der Wirtschaftsstruktur der Diözesen läßt erkennen, daß nicht alle Industriegebiete auch Ge-

bierte geringen Kirchenbesuches sind. Die Gleichsetzung trifft im großen und ganzen nur für die alten Industriegebiete zu (Wien und Wiener Becken, Mur-Mürz-Tal in der Steiermark), während die nach 1938 bzw. 1945 stark entwickelten Industriegebiete (der Kernraum Oberösterreichs, Linz, Wels, Vöcklabruck und das Tiroler Inntal) einen guten Kirchenbesuch aufweisen. Vorarlberg ist ein altes Industriegebiet mit hohem Kirchenbesuch, während Kärnten trotz vorherrschender agrarischer Verhältnisse ein Land niedrigen Kirchenbesuchs ist.

Zur Osterbeichte gingen 2 532 400. Das sind 40,2% der Getauften. Da eine Anzahl Katholiken mehrmals in der Osterzeit zur Beichte geht, liegt die Zahl derer, die die „Osterpflicht“ erfüllten, der „Paschantes“, unter der angegebenen Zahl; um wieviel, kann freilich nicht ermittelt werden, es sei denn durch besondere Befragungen, die aber von den Pfarren nie, vom Institut für kirchliche Sozialforschung nur in einer Anzahl Pfarren durchgeführt wurden. Wie in allen Ländern, liegt die Zahl der „Paschantes“ über der der „Dominicantes“ und bezeichnet eine wichtige Grenzlinie in den vielfältigen Abstufungen kirchlichen Verhaltens.

Die Gesamtzahl der Kommunionen betrug 55 485 800 (1957 51 194 000). Auf die Zahl der sonntäglichen Messebesucher aufgeteilt, ergibt dies eine Zahl von 27 Kommunionen im Jahr pro Kirchenbesucher (1957 25). Die Intensität des religiösen Lebens hat also bei den praktizierenden Katholiken zugenommen. Bemerkenswert ist auch, daß von den 55 485 800 Kommunionen 12 920 000 auf Wallfahrtskirchen entfallen, ein Beweis, welche Anziehungskraft die traditionellen Wallfahrtsorte auch heute noch besitzen.

#### *Trauungen, Taufen, Beerdigungen*

Die kirchliche Statistik meldet für 1963 46 372 kirchliche Trauungen, und zwar 43 860 rein katholische Paare und 2 512 Paare, bei denen nur ein Partner katholisch war. Bei einer Gesamtzahl von 58 415 Eheschließungen in Österreich im Jahre 1963 laut amtlicher Statistik ergibt sich, zieht man die 11% Nichtkatholiken ab und rechnet man die gemischten Paare nur zur Hälfte, daß 86,7% der Katholiken kirchlich heiraten, 1957 waren es 83,5%. Im Verhältnis zu den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern ist das eine sehr hohe Zahl: die Tradition ist noch immer eine große Macht.

Den 134 809 Lebendgeburten des Jahres 1963 stehen 128 005 Taufen im Bereich der katholischen Kirche gegenüber: 106 680 Kinder aus katholischen Ehen, 5620 aus konfessionell gemischten Ehen, 13 432 uneheliche Kinder, 750 Kinder aus nichtkatholischen Ehen und 1723 Taufen von Personen über einem Jahr. Wenn man diese letzteren, die größtenteils Erwachsenentaufen sind, wegchnet, ergibt sich, daß von den 134 809 Kindern des Jahres 1963 126 282 katholisch getauft wurden, das sind 93,7%, also mehr, als der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Tatsache, daß die bewußt katholischen Eheleute im Durchschnitt mehr Kinder haben, kann bei der geringen Zahl von Nichtkatholiken nicht sehr ins Gewicht fallen. Entscheidend ist auch hier die große Macht der Tradition. Sogar Ungläubige — die 750 nichtkatholischen Paare, die ihre Kinder taufen ließen, sind wohl als solche anzusprechen — wollen, daß ihre Kinder getauft werden. Neben der Tradition ist hier auch das unbestimmte Gefühl wirksam, daß man dem Kinde den Weg zur Religion nicht durch erklärte Konfessionslosigkeit von vornherein verbauen soll. Mit dieser

Deutung des Sachverhaltes stimmt überein, daß 98 bis 99% der katholischen Eltern ihre Kinder in den Religionsunterricht der Schule schicken, obwohl den Kindern nicht der geringste Nachteil aus der Nichtteilnahme am Religionsunterricht erwächst.

Von den 91 579 Verstorbenen des Jahres 1963 wurden 75 152 kirchlich beerdigt, das sind 92,2% der katholischen Bevölkerung. 1957 waren es 97%. Der Prozentsatz muß naturgemäß absinken, da früher die alte Generation so ziemlich geschlossen katholisch war, nun aber die dieser folgende Generation, die weit mehr entchristlicht ist, ins Sterbealter gelangt.

#### *Kircheneintritte und Kirchengaustritte*

Die Zahl der Konversionen betrug 1963 1166 (1957 1304; 1951 1800), die der Reversionen 2927 (1957 4120; 1951 5317). Der Rückgang ist auffällig und stimmt bedenklich. Sehr groß ist die Zahl der Kirchengaustritte: 10 558 (1957 8935; 1951 13 402). Soweit man die Ursache der Austritte erfahren kann, handelt es sich zumeist um Konflikte bei der Zahlung des Kirchenbeitrages. Viele Namenskatholiken sehen nicht ein, warum sie für eine Kirche, die sie nie in Anspruch nehmen und der sie daher auch keine Kosten verursachen, etwas zahlen sollen, und reagieren auf die Zahlungsaufforderung und Mahnbrieve einfach mit dem Kirchengaustritt.

#### *Priester- und Ordensnachwuchs*

1963 wurden in Österreich 154 Priester geweiht (80 im Weltklerus, 74 im Ordensklerus). 1957 lauteten die Zahlen 156 (94 und 62) und 1951 149 (92 und 57). Bei gleichbleibender Gesamtzahl verschiebt sich der Schwerpunkt allmählich zu den Orden. Für die einzelnen Diözesen lauten die Zahlen: Wien 22 (12 und 10); Eisenstadt 10 (8 und 2); St. Pölten 19 (9 und 10); Linz 42 (20 und 22); Salzburg 7 (3 und 4); Graz 28 (16 und 12); Klagenfurt 7 (5 und 2); Innsbruck 14 (4 und 10); Feldkirch 5 (3 und 2).

In den Frauenorden wurden 340 Novizinnen aufgenommen. 1957 waren es noch 441 und 1951 438. Der Rückgang ist also sehr fühlbar. Viele Orden sind bereits gezwungen, Schulen, Kindergärten, Spitäler usw. aufzugeben.

#### *Aus dem Vatikan*

**Papst Paul VI.** Am 24. Juni, seinem Namenstag, an das empfangt Papst Paul VI. aus Anlaß Kardinalskollegium des Zweiten Jahrestages seiner Wahl die in Rom anwesenden Kardinäle in Sonderaudienz. In einer längeren Ansprache an die Kardinäle gab der Papst einen Überblick über die allgemeine Lage der Kirche und über die Probleme, Ereignisse, Initiativen und Bemühungen, die das vergangene Regierungsjahr kennzeichneten und die für die Gesamtkirche und ihre Sendung in der Welt von Bedeutung sind (vgl. Wortlaut im „Osservatore Romano“, 25. 6. 65).

Der Papst begann mit einigen grundsätzlichen Überlegungen: „Wir schauen unvoreingenommen auf die Problematik, die Uns wie einen jeden, der wachsam und verantwortungsbewußt auf die heutige Geschichte schaut, bewegen und bedrängen. Denn Wir wissen, daß diese Problematik zum menschlichen Geschick im Gang der Zeiten gehört. Die Umwälzungen, die der moderne Fortschritt in jeden Lebensbereich gebracht hat, werfen neue Fragen verschiedenster Art auf, die für uns um so drängender

sind, da wir einem Weltverständnis und einem Gesamt von Lehren und Geboten unbedingte Treue halten müssen, die nicht nur unabänderlich, sondern auch von immer neuer Aktualität und deshalb auch immer offen für neue und zutreffende (coerenti) Ausdrucksformen sind. Einerseits verstärkt die Kirche die Anstrengungen, die Absichten Gottes, durch die wir betroffen und in Anspruch genommen sind, besser zu begreifen: unsere Berufung als Christen, unsere apostolische Sendung, unsere endzeitliche Bestimmung. Andererseits intensivieren Wir das Bemühen, mit der uns umgebenden und voraneilenden Welt Schritt zu halten. Denn diese Welt müssen wir verstehen, müssen ihr unser Interesse und unsere Sorge zeigen und unsere Stärkung geben, mit einem Wort, ihr unseren Dienst anbieten, der um so notwendiger wird, je weniger er in gewisser Hinsicht erwünscht ist und je mehr er andererseits tröstend und providentiell wirkt.“

#### *Bischofskonferenzen und Kurienreform*

Als ersten Punkt behandelte der Papst das neue Beziehungsverhältnis zwischen dem päpstlichen Amt und dem Episkopat und die praktischen und juristischen Folgerungen, die sich möglicherweise daraus ergeben: „Das Schifflein Petri fährt auf stürmischer See. Alles ist in Bewegung, alles ist zum Problem geworden. Ihr wißt das sehr wohl. Und deshalb ist eure Mitarbeit wert- und verdienstvoller denn je, da sie in eins geht mit der geistlichen Gemeinschaft, die ihr Uns eben bekundet: in der Liebe zu unserem Meister Jesus Christus, im Gebet für die drängenden Nöte und in der Hingabe an den gemeinsamen Dienst. Ihr wißt auch, was für außergewöhnliche Fragen neben den vielen routinemäßigen Uns besonders beschäftigen. Es sind deren zu viele, als daß Wir sie hier alle aufzählen könnten.“ Aber die wichtigsten wolle er ihrem Interesse und ihrem Gebet empfehlen. Als erstes nannte er die Bischofskonferenzen: „Wir sind mit dem Studium der Statuten der Bischofskonferenzen beschäftigt, von deren richtigem Funktionieren Wir eine der Formen der besseren Zusammenarbeit Unserer Brüder im Bischofsamt erhoffen, die immer mehr die innere Einheit der Kirche konsolidieren, die Kollegialität der Bischöfe in Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhl auszeichnen und die Seelsorgearbeit der Kirche in den gemeinsamen Belangen einheitlicher und wirksamer gestalten muß: gestärkt durch das Bewußtsein von dem einen Glauben, durch den gemeinsamen Wetteifer der vielfältigen Formen, in denen dieser seinen geschichtlichen und örtlichen Ausdruck gefunden hat, und durch eine tatkräftigere Solidarität in der christlichen Liebe. Ein delikates und komplexes Problem, das mit dem umfassenderen Problem der Revision des Kodex des kanonischen Rechts zusammenhängt. Zu ihrer Verwirklichung sind bereits Organe geschaffen worden, die sie durchführen sollen.“ Auch habe man bereits mit der Sammlung des Materials begonnen, das nun sorgfältig geprüft werden müsse. Damit verbunden sei auch die Umgestaltung des „delikatsten und traditionellen Organismus“ der römischen Kurie „mit seiner Erfahrung in der Zentralregierung“. Der Papst bemerkte dazu: „Das Bessere ist immer möglich und verpflichtend. Und das ist es, was wir durch stufenweise Veränderung zu tun versuchen, auch wenn so etwas nicht immer neu und einschneidend erscheint.“

#### *Mischehe und Geburtenregelung*

Als zweites Thema behandelte der Papst die Mischehen-gesetzgebung und die Frage der Geburtenregelung. Be-

züglich der ersteren beschränkte er sich auf die Feststellung, daß es sich um eine schwierige Frage handle, „die noch weiter studiert werden muß“. Ausführlicher äußerte sich der Papst zur Geburtenregelung. Er erinnerte an seine Ankündigung anlässlich des ersten Jahrestages seiner Wahl (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 515), „ausführlicher und amtlicher darauf zurückzukommen“, wenn das Studium der Kommission, die zu diesem Zweck eingesetzt wurde, abgeschlossen sei. „Diese Kommission hat hervorragende Arbeit geleistet, aber sie hat ihre Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, die Wir nicht abbrechen, wohl aber mit allem rücksichtsvollem Eifer anspornen wollen. So hoffen Wir, bald etwas sagen zu können, was sich auf die Ergebnisse der Wissenschaft stützen kann und, bei einem Thema von solcher Bedeutung, auch von der göttlichen Weisheit erleuchtet ist.“

#### *Der Abschluß des Konzils*

Ein großer Teil seiner Ansprache war dem Verlauf und dem bevorstehenden Abschluß des Konzils gewidmet. Er erwähnte kurz die bereits verabschiedeten Dekrete, wies auf „die zahlreichen Kommentare, Analysen, Studien und Anwendungen“ hin, „die sie schon gefunden haben und noch ausführlicher finden werden“, und fügte in bezug auf das allgemeine Interesse am Konzil hinzu: „Wir freuen Uns zu Recht über dieses allgemeine Erwachen des Interesses an der Lehre von der Kirche und wünschen, es möge daraus ein immer volleres und tieferes Verständnis für die Konzilsdekrete und eine genaue Anwendung der darin niedergelegten Normen erwachsen.“ Er erwähnte auch kurz die bereits im Anfangsstadium ihrer Verwirklichung befindliche Liturgiereform: „Wir können Uns daher nur freuen über die vielfachen Bemühungen des liturgischen Apostolats und wünschen, sie mögen dem Geist und dem Buchstaben der Konzilskonstitution und der entsprechenden Instruktion getreu entsprechen, so daß sich daraus sichere, geordnete und reichliche Früchte für das gläubige Volk ergeben.“ Im Zusammenhang mit den Konzilsarbeiten erwähnte der Papst auch das erst kürzlich neuerrichtete Sekretariat für die Nichtglaubenden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 352). Dieses sei „ein Zeichen für das Interesse, das die Kirche allen, auch den Entferntesten, zuwendet, und für den Wunsch, sie genauer kennenzulernen, um ihnen um so besser ihre Hilfe auf der Suche nach wirklichen Lösungen anbieten zu können“.

Zu den eigentlichen Konzilsarbeiten sagte Paul VI.: Jeder wisse, wie sehr es dem Papst am Herzen liege, „dieses so zeitgemäße feierliche Konzil glücklich zu beenden“. „Sein geregelter Verlauf, die wichtigen schon gefaßten Entschlüsse, das Klima der Bereitschaft, das es in allen Bereichen des kirchlichen Lebens geweckt hat, das Gespräch voller Achtung und Verheißung mit den getrennten Brüdern, das Interesse, das in der Welt für die katholische Kirche geweckt wurde, sind schon an sich Ergebnisse von höchstem Wert, die Uns den Beistand des Heiligen Geistes für diesen Apostolischen Stuhl und für die gesamte katholische Kirche erfahren und verkosten lassen.“ Er gab der Hoffnung Ausdruck, „daß diese segensreichen Früchte durch die Arbeiten und die abschließenden Dekrete der kommenden Vierten Session noch vermehrt werden“. Wie das Konzil in freudiger und zuversichtlicher Stimmung begonnen habe, so wünsche er, „es möge in ungetrübter, brüderlicher Eintracht, in gegen-

seitiger Freundschaft und Solidarität, in der wohlgefügt-ten Harmonie der organischen Strukturen, die die heilige Kirche Gottes bilden, im neugefestigten Vertrauen in ihre Traditionen, ihre Gesetze und ihren geistlichen und seel-sorgerlichen Stil, im tiefen und geradezu ekstatischen Bewußtsein des beseligenden Geheimnisses, das sie in sich trägt, in der vermehrten Kraft zur Erfüllung ihrer schlich-ten und göttlichen Sendung des Dienstes, des Apostolats, der Rettung der Menschheit, zu Ende gehen“. Den Kom-missionen sprach der Papst seinen Dank für die „emsige Arbeit“ aus. Er habe durch sie die Schemata und die noch schwebenden Konzilsprobleme „durch freimütige, eifrige, vorbereitende Diskussionen ausarbeiten und begründen lassen“. Die Kardinäle bat er um weitere hilfreiche Mit-arbeit. Das gleiche Ersuchen gelte auch „allen Mitbrüdern im Bischofsamte, allen Mitgliedern des Konzils und allen, die in verschiedener Weise als Berater, Experten, Publi-zisten, Gläubige zu seiner ungetrübten Entfaltung und zum glücklichen Abschluß beitragen können“. Die Tätig-keit und das Gebet aller Glieder der Kirche mögen dazu beitragen, „daß die geschichtliche Stunde, die wir er-leben, Licht und Segen bringe“. Zum ökumenischen An-liegen sagte der Papst: „... Wir zählen nicht nur auf die Uns so ehrende und erwünschte Teilnahme der ‚Beob-achter‘ der getrennten Brüder an den Konzilsverhand-lungen, sondern auch auf ihre höfliche Güte und auf die gemeinsame Hoffnung, eines Tages möge auf rechte Weise jede trennende Wand fallen, die uns jetzt noch hindert, miteinander die vollkommene Einheit zu feiern, zu der Christus uns einlädt.“

Zusammenfassend stellte der Papst fest: „Wir hoffen, es werde dem Konzil möglich sein, sich in endgültiger Form über die Probleme auszusprechen, die noch auf seinem Programm stehen. Damit werden nicht alle Fragen, die das Leben der Kirche betreffen, erledigt sein. Im Gegen-teil! Das Konzil selbst wirft viele neue und große Fragen auf, die wir nach seinem Abschluß mit aller Sorgfalt sammeln und zu behandeln und zu lösen suchen werden, nicht ohne den Rat und die Hilfe des Episkopats und der Gläubigen selbst, die dafür befähigt sind. Das Leben geht weiter!“

#### *Der Friede*

Als letzten Fragenkomplex behandelte der Papst das Friedensproblem. Er wies zunächst auf seine wiederhol-ten Friedensappelle während der letzten Monate hin. Doch die Gefahr sei noch bei weitem nicht behoben. „Im Gegenteil! Sie ist näher gerückt, und andere Herde der Zwietracht sind in den verschiedenen Erdteilen entstan-den.“ Niemand möge daher die nochmalige Mahnung als Belästigung empfinden. „Der Friede ist immer noch in Gefahr. Man muß Einhalt gebieten, solange es noch Zeit ist, möchten wir den Verantwortlichen zurufen. Wird der Funke nicht gelöscht, so kann er zu einer Feuersbrunst führen, deren Ausmaße uns schon in der bloßen Vorstel-lung erschrecken. Die Menschheit hat die Unheilstaten des letzten Weltkriegs noch im Gedächtnis und seine Wunden noch im Fleische eingätzt. Sie schaut mit Sorge auf die Ereignisse und möchte, daß ihr neue, bitterste Prüfungen erspart bleiben.“

Wir können unsere Unruhe nicht verbergen. Unser Geist und der eines jeden Menschen, der dieses Namens würdig ist, weicht mit Schrecken vor der Möglichkeit eines Krie-ges zurück, in dem alle grausamen Zerstörungsmittel ein-gesetzt würden, die Wissenschaft und Technik erfunden

haben...“ Wer einen Streit, der keine genügende Recht-fertigung findet, „weiterführen oder zu seiner Weiter-führung beitragen will, möge sich die Lehren der Ge-schichte vor Augen halten: die Ereignisse können den Menschen, die sie zu beherrschen wännen, aus der Hand gleiten“. Der Krieg, das habe auch der letzte wieder be-wiesen, löse kein Problem. Er schaffe nur neue und noch schwierigere. „Das Heil liegt in offenen, ehrlichen, gut-willigen Verhandlungen.“ Der Papst sprach ausdrücklich jenen Staatsmännern seine Anerkennung aus, „die ehr-liche, ehrenvolle Friedensabsichten zeigen und auch posi-tive — zum Teil tatsächlich ungewohnte und kühne — Anstrengungen unternehmen, um an die kämpfenden Parteien heranzukommen und sie zu Verhandlungen zu bewegen...“ Der Dank gelte allen jenen, die auf seinen Vorschlag im letzten Dezember in Bombay eingegangen seien „und wenigstens einen Teil der Einsparungen, die die einzelnen Staaten durch tatsächliche Abrüstung er-zielten, der Hilfe für notleidende und hungernde Völker der Erde und den Entwicklungsländern zugeleitet ha-ben“. Seine Anregung, für solche Mittel einen internatio-nalen Fonds zu gründen, sei „bei zuständigen Stellen grundsätzlich gut aufgenommen worden“, so daß Hoff-nung auf ihre Verwirklichung in nicht allzu ferner Zeit bestehe.

Der Papst schloß mit einem beschwörenden Hinweis auf die gegenwärtigen Unruheherde: Kongo, Vietnam, Santo Domingo, Algerien.

#### *Die Wünsche des Kardinaldekans*

Die Grüße und Wünsche des Kardinalskollegiums über-brachte wie üblich der Kardinaldekan. Angesichts der Fülle der Arbeit, die das Konzil und die vielerlei Reform-bemühungen dem Papst auferlegen, nimmt es kaum wunder, daß die Wünsche des Kardinaldekans von der Bitte begleitet waren, der Papst möge besser auf seine Gesundheit achten. An den Papst gewandt, sagte Kar-dinal Tisserant: „Dem Beispiel Ihres Namenspatrons fol-gend, verkündet eure Heiligkeit unaufhörlich die frohe Botschaft und spricht jeden Tag zu denen, die Sie auf-suchen, und wendet sich an andere Tausende und Millio-nen von Menschen entweder persönlich als apostolischer Pilger oder durch Briefe und Rundfunkbotschaften. Heiliger Vater, wir sind voller Bewunderung und über-wältigt von dem Eifer und den Ausmaßen Ihrer Arbeit. Aber eure Heiligkeit wird mir erlauben, auch eine gewisse Sorge wegen Ihrer körperlichen Widerstands-fähigkeit zu bekunden. Ich füge dem nichts hinzu, da ich weiß, daß ich nicht gehört würde, wollte ich Klugheit und Mäßigung anraten. Ich werde mich damit begnügen, den Herrn zu bitten, er möge eure Heiligkeit voll bei Kräf-ten erhalten und jede gesundheitliche Störung von Ihnen fernhalten.“ Bekanntlich hatte der Kardinaldekan bereits im vergangenen Jahr bei gleicher Gelegenheit den glei-chen Wunsch geäußert.

#### *Aus Süd- und Westeuropa*

##### **Umfrage zum italienischen Konkordat**

Die von Katholiken herausgegebene, politisch und kirchlich links ste-hende venezianische Monatszeitschrift „Questitalia“ hat eine Umfrage zum italienischen Kon-kordat durchgeführt und das Ergebnis in einem Sonder-heft (März/Mai 1965), versehen mit einer ausführlichen

analytischen Einleitung, in der der Standpunkt der Zeitschrift selbst präzisiert wird, und mit Auszügen aus verschiedenen parlamentarischen Interventionen zum Gegenstand, veröffentlicht. Die Zeitschrift hatte „90 italienischen Intellektuellen katholischen Glaubens“, von denen 38 antworteten, und zehn Ausländern, von denen sieben antworteten, folgende Fragen vorgelegt:

1. Halten Sie dafür, daß angesichts der dem ökumenischen Denken durch die Neuorientierung des Konzils über die Gewissensfreiheit und über die Beziehungen von Kirche und Staat eröffneten Perspektiven der konkordataré Vertragszustand (regime concordatario) noch ein geeignetes Instrument zur Regelung der Beziehungen zwischen bürgerlicher und religiöser Gemeinschaft darstellt?

2. Glauben Sie, daß die voraussichtliche konziliare Veränderung der Beziehungen zwischen Hierarchie und Laienschaft es in einer demokratischen Gesellschaft möglich machen kann — in welchem Sinne und in welchem Ausmaß? —, das durch das Konkordat gegebene System politischer Sicherungen zu ersetzen?

3. Glauben Sie, daß die Möglichkeiten einer Reifung des italienischen Katholizismus irgendwie gebunden sind an die Überwindung oder Weiterentwicklung der konkordataré Regelung?

4. Halten Sie, unabhängig von den Urteilen allgemeinen Charakters, die sich auf die eben gestellten Fragen beziehen, es für wünschenswert und möglich, daß es zu einer Revision des Konkordats von 1929 kommt, und zwar in der Weise, daß jene Bestimmungen eliminiert werden, von denen man der Ansicht sein kann, daß sie der Gewissensfreiheit und dem Geist der Toleranz widersprechen?

Als solche mit der Gewissensfreiheit konkurrierende Bestimmungen werden in Frage vier ausdrücklich angeführt Art. 5, Art. 36 und Art. 43. Art. 5 lautet: „Kein Geistlicher kann mit einer Stellung oder einem Amt des italienischen Staates oder öffentlicher Körperschaften, die von diesem abhängen, ohne die Erlaubnis des Diözesanordinarius betraut werden oder ein solches Amt auf sich nehmen. Der Entzug der Erlaubnis nimmt dem Geistlichen die Befähigung, die Ausübung des übernommenen Amtes fortzusetzen.

Auf keinen Fall dürfen abgefallene oder mit Zensuren belegte Priester im Unterrichtswesen oder in Ämtern und Stellungen aufgenommen oder belassen werden, in denen sie im unmittelbaren Kontakt mit dem Publikum stehen.“

Der erste Absatz des Art. 36 lautet: „Italien betrachtet die Unterweisung in der christlichen Lehre nach der von der katholischen Tradition geprägten Form als Fundament und Krönung des öffentlichen Unterrichts. Deswegen ist es damit einverstanden, daß der Religionsunterricht, der jetzt in den staatlichen Volksschulen erteilt wird, eine weitere Ausdehnung finde in den höheren Schulen nach Programmen, die im Einvernehmen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat erstellt werden müssen.“

Art. 43 lautet: „Der italienische Staat anerkennt die von der Katholischen Aktion Italiens abhängigen Organisationen, soweit sie, wie der Heilige Stuhl verfügt hat, ihre Tätigkeit außerhalb einer jeden politischen Partei und in unmittelbarer Abhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie zur Verbreitung und Verwirklichung der katholischen Grundsätze ausüben.

Der Heilige Stuhl benützt die Gelegenheit dieses Konkordatsabschlusses, um für alle Geistlichen und Ordensleute Italiens das Verbot, sich irgendeiner politischen Partei anzuschließen oder für sie tätig zu sein, zu erneuern.“

#### *Der politische Hintergrund*

Die von „Questitalia“ veranstaltete Umfrage hat sicher nicht rein akademische Zielsetzungen. Seit längerer Zeit melden sich in Italien Stimmen zu Wort, bei den sog. laizistischen Parteien, aber auch innerhalb des katholischen Lagers, die zum mindesten auf eine Revision des Konkordats oder einzelner seiner Bestimmungen abzielen. Bei mehreren Anlässen haben diese Stimmen auch eine Resonanz im Abgeordnetenhaus gefunden: so anlässlich der Auseinandersetzungen um das Aufführungsverbot von Hochhuts „Stellvertreter“ in Rom. Diesem Ereignis vorausgegangen war schon eine scharfe Attacke des neofaschistischen „Secolo d'Italia“ (11. 2. 65) wegen politischer Einmischung des Vatikans bei der Wahl des Staatspräsidenten. Die Linksozialisten, die seit der Verwirklichung des „centro sinistra“ an der Regierung beteiligt sind, und die von den Linksozialisten wegen deren Koalition mit den Christlichen Demokraten abgespaltene „Sozialistische Partei der proletarischen Einheit“ (PSIUP) haben gleichzeitig getrennte und verschieden weitgehende Initiativen in dieser Richtung ergriffen, ohne daß offenbar bei den Sozialisten selbst völlige Einmütigkeit über den Modus procedendi herrscht. Man brachte auch den jüngsten Besuch Pietro Nennis beim Papst in Zusammenhang mit der Konkordatsfrage (vgl. „Osservatore Romano“, 14. 4. 65). Sicher ist, daß es vor allem den Sozialisten weniger um die Kündigung des Konkordats geht, sondern vielmehr um die Beseitigung bestimmter Artikel, die sie als kirchliche Ingerenzen in staatliche Belange ansehen oder als unvereinbar mit der demokratischen Verfassung betrachten. Der Papst hat beim letzten Besuch von Staatspräsident Saragat im Vatikan (vgl. „Osservatore Romano“, 13. 6. 65) die Geltung der Lateranverträge, deren Bestandteil das Konkordat bildet, unterstrichen und deren Bedeutung für ein friedliches Partnerschaftsverhältnis zwischen Kirche und Staat bei gegenseitiger Unabhängigkeit und Respektierung gegenseitiger Interessen herausgestellt, ohne zu konkreten Bestimmungen Stellung zu nehmen. Gegenüber Bestrebungen der Parteien der Linken, eine Revision des Konkordats oder einzelner seiner Bestimmungen herbeizuführen, hat der Vatikan bisher keine amtliche Stellung bezogen. Man glaubt aber, auch auf vatikanischer Seite eine gewisse Bereitschaft zur Revision einiger Bestimmungen zu erkennen, vor allem solcher, die sich als besonders zeitgebunden erwiesen oder sich aus der Tatsache erklären, daß das Konkordat mit einem totalitären Regime ausgehandelt werden mußte. Man möchte aber vermeiden, daß das Konkordat als solches angetastet wird, und wünscht deshalb möglichst wenig Publizität.

Der Ausgangspunkt der Umfrage von „Questitalia“ ist aber ein anderer. Die Fragen der Redaktion, die keineswegs als repräsentativ für die katholischen Intellektuellen oder für irgendeine politische Strömung innerhalb der Katholiken angesehen werden kann, zielen weiter. Es sind ausgeprägte Suggestivfragen, die den Leser auf die Gründe für eine Ablehnung konkordataré Regelungen hinweisen sollen: größere Unabhängigkeit der Laien, die kirchlichen (religiösen) Vorteile einer Trennung von Kirche und Staat, vollere Respektierung der Religions-

freiheit für alle Religionsgemeinschaften und diejenigen, die keiner angehören, Nichteinmischung des Staates in religiöse Belange usw. Deswegen wird in der Einführung der Redaktion und bemerkenswerterweise auch in mehreren Antworten vor einer Revision einzelner Bestimmungen ausdrücklich gewarnt, weil eine solche Adaptation nur zur Festigung oder gar Verewigung des Konkordats führen könnte, was man gerade vermeiden möchte.

#### *Die umstrittenen Bestimmungen*

Die Antworten der Befragten, von denen manche ganze Traktate abgaben, können hier nur summarisch, bezogen auf die einzelnen Fragen, wiedergegeben werden. Auch hier wird man sagen müssen, daß es sich bei den Beteiligten nicht um einen irgendwie repräsentativen Querschnitt durch die katholischen Intellektuellen handelt. Auch muß man das Attribut katholisch um grano salis nehmen. Es befindet sich darunter z. B. auch ein ehemaliger Abgeordneter der Democrazia Cristiana, der der kommunistischen Fraktion des Senats angehört. Aber es gibt darunter auch eine Reihe von Persönlichkeiten, so mehrere Assistenten und Dozenten der Katholischen Universität Mailand, deren kirchliche Haltung nicht anzuzweifeln ist. Da auch bei ihren Antworten Zweifel an der Nützlichkeit von Konkordatsabschlüssen festzustellen sind, muß das doch als Hinweis gewertet werden, daß in Italien besonders unter den intellektuellen Eliten zum mindesten der Wunsch besteht, das Verhältnis von Kirche und Staat auf eine neue Basis zu stellen, die einerseits dem „laikalen“ Charakter des Staates, andererseits der größeren Selbständigkeit der Laien im politischen Bereich Rechnung trägt. Auf die Frage vier, in der auf einige besonders umstrittene Bestimmungen hingewiesen wird, antwortete die übergroße Mehrheit (Verhältnis 7:1) mit Ja. Kein einziger der Beteiligten sprach sich eindeutig gegen jede Revision aus. Soweit die Revision von Einzelbestimmungen abgelehnt wird, geschieht das mehrmals mit der bereits erwähnten Begründung der Redaktion: die Überprüfung einzelner Bestimmungen diene nur der Festigung des Konkordats und sei deshalb abzulehnen. Durchwegs verlangt wird die Revision des Art. 5 mit den Bestimmungen über die laisierten Geistlichen: diese Bestimmung widerspreche den bürgerlichen Grundrechten des einzelnen, stehe im Gegensatz zur italienischen Verfassung, die die grundsätzliche Gleichheit aller Bürger garantiere und eine Diskriminierung wegen religiöser Überzeugungen ausschließe. Hier bringt die Umfrage nichts Neues, denn diese Bestimmung wurde von den laizistischen Parteien, aber auch von Katholiken schon lange abgelehnt. Sie diskreditiert ja nicht nur die laisierten Geistlichen, sondern bringt diese fast zwangsläufig auch in wirtschaftliche Schwierigkeiten, da sie von den ihnen ausbildungsmäßig am nächsten liegenden Stellungen ausgeschlossen sind. Die staatliche Verwaltung hat sich allerdings immer mehr zu einer milden Handhabung der Bestimmung bereitgefunden und dürfte damit heute beim Vatikan kaum auf Widerspruch stoßen. So geben denn auch mehrere Befragte als einfachste Lösung an, man solle die Bestimmung mehr und mehr ignorieren.

Nicht so bestimmt lauteten die Antworten zu Art. 36, der viel tiefer in die kirchliche Struktur Italiens eingreift und dessen Änderung nicht leicht vollziehbare Konsequenzen mit sich brächte. Einige der Befragten geben deutlich zu verstehen, daß gegen den katholischen Religionsunterricht „als Fundament und Krönung des öffentlichen Unter-

richts“ nichts einzuwenden sei, daß für die Freiheit der Anhänger anderer Bekenntnisse im Rahmen des Artikels gesorgt werden kann und auch tatsächlich gesorgt wird. Eine zweite Gruppe stellt den Artikel nicht in Frage, macht aber auf einige „klerikale“ Implikationen aufmerksam. Es komme sehr auf die Religionslehrer an, wie sie ihren Unterricht verstehen und ihre Stellung im Schulganzen interpretieren. Die staatlichen Schulorgane sollten deshalb sorgfältiger darüber wachen, daß die Religionslehrer ihre Stellung nicht mißbrauchen. Eine dritte Gruppe tritt aber im größeren Rahmen der Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat entweder für die Freistellung der Teilnahme am Religionsunterricht ein oder wünscht überhaupt die Trennung von Schule und Religionsunterricht nach dem amerikanischen Beispiel. Ein Teilnehmer weist allerdings darauf hin, daß das Problem auch einen nicht zu übersehenden wirtschaftlichen Aspekt habe, da ein Großteil der Geistlichkeit nur durch die vom Staat bezahlten Religionsstunden für seinen Lebensunterhalt sorgen könne. Andere machen wieder geltend, daß der Kirche mit einer gründlicheren Vorbereitung der Religionslehrer mehr gedient sei als mit staatlichen Zwangsgarantien.

#### *Katholische Aktion und Ehegesetzgebung*

Die Antworten zum Art. 43 (hauptsächlich Abs. 1 über die Stellung der Organisationen der Katholischen Aktion) sind wiederum mehrheitlich positiv im Sinne der Befragung, worüber man sich bei der Lektüre des Wortlautes vielleicht verwundern mag, denn hier ging es zunächst einfach darum, der Katholischen Aktion ein Minimum an Freiheit gegenüber staatlichen Zugriffen zu sichern. Ebenso müßte eigentlich die Beschränkung politischer Tätigkeit der Katholischen Aktion die Zustimmung derer finden, die sich für eine stärkere Selbständigkeit der Laien gegenüber der Hierarchie und gegen eine enge Verbindung von christlicher Partei und Katholischer Aktion einsetzen. Einige der Befragten lehnen diese Bestimmung aber aus grundsätzlichen Erwägungen ab: Da der Staat grundsätzlich keine Zuständigkeit in religiösen Belangen habe, könne die Katholische Aktion, die rein religiöse Zielsetzungen habe, nicht Gegenstand bilateraler Abmachungen zwischen Kirche und Staat sein. Andere erklären die Bestimmung im demokratischen Italien für gegenstandslos, wieder andere geben zu bedenken, daß sich die Katholische Aktion, gestützt auf die Hierarchie, immer schon über diese Bestimmung hinweggesetzt und sich ständig in politische Tagesfragen eingemischt habe. Konsequentermaßen verlangen dieselben Stimmen, daß man hier das Konkordat erst einmal dem Buchstaben und dem Geiste nach anwenden müsse. Die starke Resonanz, die der Hinweis auf Art. 43 Abs. 1 bei den Befragten gefunden hat, kann wohl bis zu einem gewissen Grad auch damit erklärt werden, daß die Katholische Aktion in ihrer gegenwärtigen Gestalt und Aktionsweise als privilegierte Organisation der Kirche in strikter Abhängigkeit von der Hierarchie und in nicht weniger empfundener vom Vatikan auch scharfer Kritik auch von seiten katholischer Laien ausgesetzt ist und deshalb die Umfrage hier einen Gegenstand berührt hat, der mehr noch als ein Problem der Beziehungen von Kirche und Staat ein innerkirchliches Problem darstellt.

In mehreren Antworten werden noch andere Bestimmungen kritisiert, die die Fragesteller nicht erwähnt hatten. An erster Stelle Art. 1 Abs. 2, durch den der italienische

Staat sich verpflichtet, den „heiligen Charakter der Ewigen Stadt“ als Sitz des Papstes und Zentrum der katholischen Kirche zu schützen und alles zu verhindern, „was im Gegensatz zum genannten Charakter stehen könnte“. Um diesen Absatz ging es ja hauptsächlich beim Verbot der „Stellvertreter“-Aufführung, das die Debatte über das Konkordat wieder in Bewegung gebracht hat. Ministerpräsident Moro und Innenminister Taviani hatten sich in ihrer Replik zum Mißtrauensvotum der Kommunisten und des PSIUP ausdrücklich auf diesen Absatz des Art. 1 des Konkordats und dessen verfassungsrechtliche Verankerung durch Art. 7 der Verfassung berufen, während die Opposition der Regierung vorwarf, sie habe diesen Absatz auf einen Fall angewandt, auf den er gar nicht zutrefte (vgl. „La Civiltà Cattolica“, 17. 4. 65). Mehrere Antworten verlangten auch eine Revision des Art. 34, der den kanonisch geschlossenen Ehen die staatlichen Rechtswirkungen zuerkennt und nur die staatliche Registrierung der kirchlich geschlossenen Ehen durch das Standesamt vorsieht. Diejenigen, die die Revision dieses Artikels verlangen, verbinden damit zwei Forderungen: die Wiedereinführung der Zivilehe und die gesetzliche Zulassung der Scheidung. Einer der Befragten führt als Beispiel an, daß der italienische Staat einem Bürger nicht zu seinem Recht verhelfen und die Trauung von Minderjährigen nicht verhindern könne, wenn die kirchlichen Behörden die Erlaubnis dazu erteilen, obwohl oft damit gerechnet werden müsse, daß die Ehe in wenigen Monaten in die Brüche gehe. Was die Forderung nach der Zulassung der gesetzlichen Scheidung betrifft, so führen ihre Befürworter die immer noch wachsende Zahl von Konkubinat an, die in Italien bereits zu einem nationalen Übel geworden sind. Auch hier handelt es sich um ein spezifisch italienisches Problem, das zwar an die Konkordatsfrage gebunden ist, aber nicht allein von daher gelöst werden kann.

#### *Abschaffung der Konkordate?*

Bezeichnender für das Ergebnis der Umfrage ist aber die Tatsache, daß sich die Mehrheit der Befragten tatsächlich in dem von der Redaktion intendierten Sinne für die Abschaffung oder „Überwindung“ des konkordatären Zustands ausspricht, und zwar nicht nur für Italien, sondern grundsätzlich. Die Argumente decken sich meist mit den von der Redaktion suggerierten. Die meisten tragen aber der geschichtlichen Entwicklung Rechnung und verlangen nicht eine abrupte Änderung in den Beziehungen von Kirche und Staat, sondern plädieren für eine allmähliche „Überwindung“ des konkordatären Vertragszustandes. Mit Vorliebe wird auf die Erneuerungsbewegung des gegenwärtigen Konzils verwiesen: Die Kirche sei daran, in diesem Konzil sich zu einem neuen Verständnis des Laien und seines Verhältnisses zur Hierarchie durchzurufen. Das traditionelle Verhältnis der katholischen Kirche zum Staat sei immer noch von der mittelalterlichen Vorstellung von der Potestas indirecta der Kirche über den Staat geprägt, eine solche Vorstellung vertrage sich aber nicht mit den heutigen theologischen Erkenntnissen über die Autonomie der weltlichen Bereiche und insbesondere des Staates. Der bisherige Konkordatstyp sei aber noch zu sehr von dieser Vorstellung geprägt, er vertrage sich aber schlecht mit der Vorstellung von einer Kirche, die nicht nur das hierarchische Moment, sondern auch die Funktion eines nach seinem Gewissen handelnden Laien ernst nehme. Manche sehen im Konkordatsabschluß einen

direkten Widerspruch zum Prinzip der Inkompetenz des Staates in religiösen Belangen und zur Forderung nach voller Religionsfreiheit für alle religiösen Bekenntnisse. Jedenfalls laufen die Begründungen fast einheitlich auf diese Argumente hinaus. Die Schwäche dieser Argumentation liegt offenbar darin, daß man eine bestimmte Vorstellung vom Verhältnis Kirche und Staat zu eng mit der Konkordatsfrage verbindet, denn es ist nicht ohne weiteres einzusehen, warum jede vertragliche Regelung zwischen dem Staat und einer bestimmten Religionsgemeinschaft die religiöse Freiheit der anderen einschränken sollte. Diese Tatsache wird denn auch von den Befürwortern des Status quo als Gegenargument angeführt. Von der Mehrheit wird denn auch nicht jeder Konkordatsabschluß abgelehnt, aber es wird ihm nur noch in Ausnahmesituationen eine Berechtigung zuerkannt. Konkret: Er wird abgelehnt für die demokratischen Länder des Westens ebenso wie für die Entwicklungsländer, nicht aber für Länder mit totalitären Regimen, wo die Kirche um die Freiheit ihrer originären Rechte kämpfen muß. Wo aber die Kirche frei sei, müsse sie sich in den Beziehungen mit dem Staat auf die christliche Verantwortung der Laien verlassen.

#### **Gerichtliche Entscheidung im französischen Gewerkschaftsstreit**

Wir haben seinerzeit über die Auseinandersetzungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften Frankreichs, die dem außerordentlichen Kongreß vom 6./7. November 1964 vorausgegangen waren, berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 52). In der damaligen Auseinandersetzung ging es hauptsächlich um zwei Streitpunkte: um eine Abänderung des Statuts, in dem die ausdrückliche Bezugnahme auf die katholische Soziallehre durch eine allgemeine Erklärung über die Menschenrechte ersetzt werden sollte, und um die Abänderung der Gewerkschaftsbezeichnung CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) in CFDT (Confédération Française Démocratique du Travail).

Die Mehrheit der Delegierten hat auf dem außerordentlichen Kongreß die beiden Änderungen gegen den Widerstand einer Minderheit, die sich bereits vor dem Kongreß in der „Studiengruppe für wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen“ organisiert hatte, angenommen. Auf dem gleichen Kongreß beschloß eine Gruppe von 19 der Minderheit angehörenden Delegierten, die CFTC unter der Bezeichnung „CFTC-maintenance“ und unter Beibehaltung des alten Statuts gegen die Entscheidung der Mehrheit weiterzuführen, mit der Begründung, die Auslassung des Bezugs zur katholischen Soziallehre stehe im Widerspruch zur Geschichte der Bewegung und bedeute praktisch eine Neugründung. Zugleich nahm die Minderheit für sich in Anspruch, nicht nur den früheren Titel weiterführen zu können, sondern auch die rechtmäßige Eigentümerin des Vermögens der früheren CFTC zu sein. Dieser Streit endete nun mit einer gerichtlichen Entscheidung des ersten Zivilsenats des Tribunals des Départements Seine, das erst am 7. Juli 1965 nach eingehender Prüfung der verwickelten rechtlichen Zusammenhänge seine Entscheidung traf, nachdem die Hauptverhandlung bereits im Februar stattgefunden hatte (vgl. „Le Monde“, 9. 7. 65). Das Gericht hatte über zwei Klagen zu entscheiden: erstens über eine Klage der CFTC-maintenance, die die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen des außer-

ordentlichen Kongresses anfocht; zweitens über die Klage der CFDT, die der CFTC-maintenance das Recht absprach, den früheren Titel weiterzuführen und das Gewerkschaftsvermögen für sich zu beanspruchen. Das Gericht entschied beide Klagen zugunsten der CFDT. Es stellte fest: Die CFDT hat ein ausschließliches Recht auf die frühere Bezeichnung CFTC; sie hat das ausschließliche Recht auf das „materielle und moralische“ Vermögen des Verbandes; die CFTC-maintenance habe die CFDT geschädigt, indem sie für sich in Anspruch nahm, die Fortsetzung der CFTC zu sein. Die CFDT hatte zudem von der Splittergruppe eine Entschädigung von 250 000 frs verlangt. Das Gericht verurteilte die CFTC-maintenance zu einer symbolischen Entschädigung von 1000 frs. Weiter stellte das Gericht fest: Der außerordentliche Kongreß der CFTC im November 1964 sei statutengemäß einberufen und abgewickelt worden; die vom Kongreß vorgenommenen Statutenänderungen entsprächen durchaus dem Geist des Gesamtstatuts; die vom Kongreß beschlossenen Adaptationen lägen auf der Linie bereits früherer Veränderungen und Entwicklungen und könnten nicht im Widerspruch zu den wesentlichen Zielsetzungen des Verbandes gesehen werden.

Das Urteil ist nicht als definitiv zu betrachten. Sollte es aber auf den weiteren Instanzenwegen bestätigt werden, so bliebe der Splittergewerkschaft nur die Wahl, sich aufzulösen oder einen neuen Verband zu gründen, da ihr in der gegenwärtigen Form die rechtliche Existenzbasis entzogen ist. „La Croix“ (9. 7. 65) bezweifelt in ihrem Kommentar zum Urteil, ob es wirklich zu einer Neugründung kommen werde. Die Tatsache, daß die Organisation nicht mehr mit der bisherigen Bezeichnung agieren könne, bedeute in sich bereits einen solchen Prestigeverlust auch bei der katholischen Arbeiterschaft, daß man am Erfolg einer solchen Neugründung zweifeln müsse.

Das Urteil dürfte auch nicht ganz ohne politische Auswirkungen bleiben. Von Regierungsseite hatte man sich nach der Spaltung beeilt, der CFTC-maintenance das Vertretungsrecht in verschiedenen öffentlichen Körperschaften zu sichern mit der Nebenaabsicht, sie gegen die härteren sozialen Forderungen der CFDT auszuspielen. Durch die Entscheidung des Gerichts sind der Regierung die Hände gebunden. Der Episkopat hat sich aus dem ganzen Streit völlig herausgehalten. Die Christlichen Gewerkschaften Frankreichs waren nie im strengen Sinn eine konfessionelle Gewerkschaft. Die konfessionellen Bindungen lockerten sich seit 1945 stärker. Mit der Streichung des „C“ wurde nur statuarisch vollzogen, was de facto bereits bestand.

### Aus Nordamerika

#### Vom Siebten Weltkongreß der katholischen Presse

Der Siebte Weltkongreß der katholischen Presse fand vom 18. bis 21 Mai 1965 in New York statt, nachdem seit dem letzten Kongreß in Santander (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 546 f.) bereits fünf Jahre verstrichen waren. Der New Yorker Kongreß war der erste außerhalb Europas, der Kongreß mit der größten Beteiligung (600 Nordamerikaner, 200 aus den übrigen Kontinenten) und mit der schlechtesten Organisation. Er fand in Verbindung mit dem 55. Nationalkongreß der „Catholic Press Association“ der USA und Kanadas (CPA) statt — eine Kombination, die ihn innerhalb dieser typisch amerikanischen Veranstaltung nahezu untergehen ließ. Wirk-

liche Begegnungen zwischen amerikanischen und europäischen Kollegen kamen nur am Rande der Tagung, individuell und durch persönliche Initiativen zustande.

#### Der Hintergrund: Katholische Presse der USA

In dem Bericht der „Ecclesia“ (5. 6. 65), der offiziellen Wochenzeitung der Kirche in Spanien, kommt die allgemeine Überraschung der Europäer zum Ausdruck, welchem Milieu von Kollegen sie sich gegenübersehen: „Es ist eine typisch klerikale katholische Presse, mit Bischöfen und Nonnen auf den Titelblättern, mit erbaulichen Themen auf jeder Seite, in apologetischem und kasuistischem Stil, aber zugleich ein ehrbarer Journalismus, der mit einer in unseren Breiten unbekanntenen Ungezwungenheit aus religiösen Nachrichten Nutzen zu ziehen versteht.“

Dazu schrieb Professor Edward Wakin von der (katholischen) Fordham University im „Katholischen Presse-jahrbuch 1965“ der CPA: „Das journalistische Mißverständnis, daß die katholische Presse in erster Linie ein Instrument der katholischen Kirche ist, fesselt die vielen katholischen Zeitungen und Zeitschriften, die nur halb fachgerecht, ängstlich, uninteressant und — am schlimmsten — unwirksam sind... Der aufsichtführende Priester hat nicht nur kirchlichen Ehrgeiz oder ist schlichtweg unterwürfig — er verteidigt ganz natürlich das kirchliche System, zu dem er gehört und das er als ein Mittel zu dem Endziel ansieht, dem er sein Leben geweiht hat... Es ist ein Unterschied im Vorrang: zwischen Predigen und Informieren, und in der Plattform: zwischen Kanzel und Presse... Anstelle der irreführenden Unterscheidung zwischen Dienst an der Wahrheit und Dienst an den Fakten ist die eigentlich notwendige Unterscheidung die zwischen der Kirche als einer in Glauben und Sitten unfehlbaren Lehrautorität und der Kirche als einer fehlbaren Bürokratie... Das Geschäft des katholischen Journalismus liegt nicht in Häresien, sondern in den wandelbaren menschlichen und fehlbaren Aspekten des Katholizismus, Laienschaft wie Klerus. Manchmal scheint es sogar, als ob Theologen mehr Abdrift hätten als katholische Journalisten.“ Einige amerikanische Bischöfe teilen solche Auffassungen nicht. In einem am 21. Februar 1965 von allen Kanzeln verlesenen Hirtenbrief nannte Bischof Topel von Spokane (Washington) das Jahr 1964 „ein Jahr der Schande“ für die katholische Presse wegen persönlicher Angriffe gegen Bischöfe. „Der größte und schwerwiegendste Schaden, der der Kirche zugefügt wird, besteht in der gegenwärtigen Unterminierung ihrer Lehrautorität durch einige Aufsätze, die in ein paar katholischen Blättern erscheinen.“ Ähnlich wandte sich Bischof Mueller von Sioux City (Iowa) in seinem Fastenhirtenbrief gegen die „selbsternannten Experten, die die Gemüter vieler Katholiken in einen allgemeinen Verwirrungszustand versetzen“. „Die Publizisten — Kleriker wie Laien —, die diese verderblichen Theorien und Meinungen verbreiten und sich dabei noch als Vorkämpfer für die Freiheit der Presse brüsten, sind völlig blind gegenüber ihrer viel größeren Verpflichtung, den Gotteskindern kein Ärgernis zu geben.“

Der Vorstand der CPA, angeführt von zwei Monsignori, mußte sich Anfang März in einer öffentlichen Erklärung gegen diese „verallgemeinernde Kritik“.

#### „Wahrheit in Freiheit“

Es war also kein Zufall, daß der New Yorker Kongreß zum Thema hatte: „Wahrheit in Freiheit“. Es wurde in

den Vollversammlungen in Einzelreferaten von 14 Nordamerikanern und neun Sprechern der übrigen Kontinente behandelt. Bezeichnend war der grundsätzliche Unterschied in der Art der Referate zwischen beiden Gruppen: die Europäer (wobei sich auch die Lateinamerikaner als unveränderte Europäer erwiesen) theoretisch, tiefschürfend, abstrakt — die Nordamerikaner feuilletonistisch, aber prägnant, konkret und pragmatisch. Auch die amerikanische Fähigkeit zur Diskussion konnten die Europäer mit einigem Neid studieren.

Bezeichnend war die Vehemenz, mit der sich alle amerikanischen Laiensprecher gegen jede Form von politischer, gesellschaftlicher, moralischer und religiöser Zensur aussprachen. Es bildete den wohl unvermeidlichen Gegenpol, daß dafür alle bischöflichen Sprecher (Bischof Primeau von Manchester, Weihbischof Hannan von Washington, Kardinal Spellman von New York, selbst der als aufgeschlossen bekannte Kardinal Shehan von Baltimore, am stärksten später der Apostolische Delegat) an die Verpflichtung der Laien zur Demut, zur Zurückhaltung und zum Dienst erinnerten.

Papst Paul VI. schrieb in seiner Botschaft an den Kongreß: „Die Kirche, Dienerin der Wahrheit, ist auch Dienerin der Freiheit. Deswegen können Sie des Verständnisses und der Unterstützung durch die verantwortlichen Oberhirten sicher sein bei Ihrem Verlangen nach den eigenen Rechten der Wahrheit in der Freiheit.“

#### *Am Rande des Kongresses*

Im Hauptquartier der Vereinten Nationen begrüßte Generalsekretär U Thant die Kongreßteilnehmer. Im Anschluß an die Tagung fanden Studienreisen statt, die den überseeischen Gästen konzentrierte Einblicke in das amerikanische öffentliche Leben und den amerikanischen Katholizismus erlaubten. Die nach Washington reisende Gruppe wurde u. a. in der Apostolischen Delegatur durch Erzbischof Vagnozzi, im Kapitol durch den Präsidenten des Kongresses, Senator McCormack, im Außenministerium, in der Zentrale der NCWC (der Zentralorganisation des amerikanischen Katholizismus) durch sämtliche Direktoren und in der Catholic University of America empfangen.

Der Achte Weltkongreß der katholischen Presse wird voraussichtlich 1968 in Berlin stattfinden; ein entsprechender Vorschlag wurde im Vorstand der „Union Internationale de la Presse Catholique“ mit Beifall aufgenommen. Die Neuwahlen der Präsidia der internationalen Vereinigung und ihrer Sektionen erbrachten nur wenige Veränderungen. Präsident der UIPC ist weiterhin Raimondo Manzini, Direktor des „Osservatore Romano“, Generalsekretär P. Emile Gabel AA, Paris. Zum Vorsitzenden der Sektion der Zeitschriftenverleger wurde Bernhard Hagemeier, Paderborn, gewählt, zu seinem Stellvertreter Msgr. Franz Willinger, St. Pölten.

#### *Aus Lateinamerika*

**Brasilien unter der Regierung Castelo Brancos**

Des ersten Jahrestages der brasilianischen Revolution, die am Karfreitag des vergangenen Jahres durch militärische Intervention und im Einvernehmen mit den Gouverneuren der wichtigsten Bundesstaaten die legale Regierung des Präsidenten João Goulart im Interesse der

Wiederherstellung der Legalität beseitigt hatte, weil die Regierung selbst durch Korruption und augenzwinkerndes Einverständnis mit linksrevolutionären Umsturzplänen der Illegalität Tür und Tor geöffnet zu haben schien, wurde in Reden und Gedächtnisfeiern im ganzen Lande gedacht. Es steht nicht fest, ob dadurch die Regierung des Präsidenten General Castelo Branco an Popularität wesentlich gewonnen hat.

#### *Regierung und Armee*

Denn wenn auch die Revolution der Militärs seinerzeit von einer echten, ja leidenschaftlichen Volksbewegung getragen gewesen war, so ist es merkwürdigerweise dem neuen Regime nicht gelungen, diese Fühlung mit den Massen zu bewahren, die in eine Art skeptische Passivität zurückgefallen zu sein scheinen. Sicher wollte man sich bewußt von den plebiszitären Bewegungen absetzen, die das Land an den Rand des Abgrunds einer anarchischen Auflösung gebracht hatten, und zog es vor, durch nüchterne Taten die eigene Kompetenz und moralische Integrität zu beweisen. Ob ein solches nobles Vertrauen freilich honoriert wird, ist zweifelhaft; die jüngsten Gemeindewahlen im Staate São Paulo haben deutlich gezeigt, daß das Volk seiner Unzufriedenheit mit der Regierung Ausdruck zu geben wußte, indem es zum Bürgermeister der wichtigsten Stadt Brasiliens nicht den Kandidaten der Regierung, sondern den Favoriten des seiner staatsbürgerlichen Rechte beraubten ehemaligen Präsidenten Jânio Quadros wählte.

Castelo Branco scheint indessen nicht geneigt, wegen eines solchen eklatanten Mißerfolges und Mißtrauensvotums seine ihn ehrende Treue zu den demokratischen Spielregeln aufzugeben. So hat er gegen den offenen Widerstand der sich für die Revolution verantwortlich fühlenden Generäle beschlossen, die im Herbst nach der Verfassung fälligen Gouverneurswahlen in elf Gliedstaaten abhalten zu lassen. Von seiten des Kriegsministers Costa e Silva hat ihm das offene Tadel eingetragen: „Die Armee“, sagte der Minister, „ist heute die starke Partei, auf die sich die Regierung in ihrem Kampf gegen Korruption und Subversion in Brasilien stützen kann. Ich kann Ihnen versichern, daß die Armee es niemals zulassen wird, Castelo Branco hin oder her, daß das Land je wieder in einen Strudel der Unordnung und der Anarchie gerissen wird, durch die unsere weisen demokratischen Grundsätze gefährdet würden.“ Wie man sieht, geht es wieder einmal, wie auch anderswo, um die Auslegung des Wörtchens „Demokratie“. Immerhin ist es für Brasilien etwas Neues, wenn sich die Armee durch den Mund des Kriegsministers selbst als Partei proklamiert, zumal daneben die üblichen Parteien weiterbestehen und ein Parlament tagt, in dem die Regierung durch geschicktes Taktieren und andere Nachhilfen sogar über die absolute Mehrheit verfügt. Die Rivalität zwischen dieser demokratischen und verfassungsmäßigen Struktur und dem Anspruch politischer Führung durch die Armee wird, so ist zu fürchten, unweigerlich eines Tages zum Ausbruch kommen, spätestens wohl bei den im Jahre 1966 fälligen Präsidentschaftswahlen, für die der jetzige Gouverneur von São Paulo, Carlos Lacerda, der aussichtsreichste Kandidat zu sein scheint, wenn die Militärs es zulassen, daß ein Zivilist das höchste Amt im Staate durch Volkswahl erhält.

Indessen kann jedoch niemand leugnen, daß die Regierung auf vielen Gebieten beachtliche Erfolge erzielt hat, ganz

abgesehen von den unberechenbaren Gefahren, vor denen sie das Land bewahrt hat. Die Bekämpfung der Inflation ist zwar noch nicht gelungen und hat zunächst durch unausbleibliche Teuerung die Schwierigkeiten noch verstärkt. Im Vergleich zu dem Ansteigen der Lebenshaltungskosten sind die Steigerungen des Mindestlohnes (der besonders in den nichtindustrialisierten Gebieten Brasiliens zugleich der Höchstlohn zu sein pflegt und überdies den Landarbeitern noch nicht einmal ausgezahlt wird) sehr gering. Das Vertrauen in die brasilianische Wirtschaft ist jedoch gewachsen, so daß ein Kapitalzufluß vom Ausland wahrzunehmen ist. Quelle der Beunruhigung bleibt eine gewisse Rechtsunsicherheit, deren Präsident Castelo Branco nicht ohne weiteres Herr werden zu können scheint, weil die Übergriffe von bestimmten militärischen Stellen ausgehen, die sich über Gerichtsentscheide hinwegsetzen und Verhaftungen vornehmen, die keine Rechtsgrundlage haben. Das meiste Aufsehen in dieser Hinsicht erregte der Fall des früheren Gouverneurs des Staates Pernambuco, Miguel Arraes, der nach seiner Absetzung durch die „Revolution“ über ein Jahr in Haft gehalten, durch Spruch des Obersten Gerichtshofes endlich befreit und von militärischen Autoritäten wiederum festgesetzt worden war. Es bedurfte des energischen Eingreifens des Präsidenten Castelo Branco selber, um dem Recht Achtung zu verschaffen und den zwar „links“ stehenden, aber unbescholtenen Mann, für den sich Kardinal Cardijn, Jacques Maritain und andere eingesetzt hatten, in Freiheit zu setzen. Man kann begreifen, daß er nach solchen Erfahrungen der Rechtssicherheit in seinem Lande mißtraute und nach Abgabe einer anklagenden Erklärung Asyl in der Botschaft Algeriens suchte und — vielleicht zur großen Erleichterung seiner Gegner — Brasilien den Rücken kehrte. Immerhin ist das Fazit des neuen Regimes im Rückblick auf das erste Jahr durchaus im großen und ganzen positiv zu bewerten, wenn man an der Ausgangslage maßnimmt.

#### *Die „Revolution“ des Vorjahres bleibt umstritten*

Allerdings sind und bleiben Deutung und Bedeutung der Osterrevolution von 1964 nach wie vor umstritten. Bis heute ist die Rolle führender katholischer Laien und mancher Mitglieder des Klerus im Zusammenhang mit jenen Ereignissen nicht völlig geklärt. Summarische Beschuldigungen gegen gewisse katholische Bewegungen und manche ihrer Führer, als hätten diese, bewußt oder getäuscht, dem geplanten kommunistischen Umsturz den Weg bereitet, bedürfen sorgfältiger Nachprüfung, ebenso wie die Gegenbeschuldigungen, daß die jetzige Regierung eine faschistische Militärdiktatur sei. Immerhin lassen Meldungen wie die von der Verhaftung von 16 Studenten aus 14 Gliedstaaten, die zu einem nationalen Treffen der Katholischen Studentischen Jugend nach São Paulo gekommen waren, aufhorchen. Interessant ist auch die Tatsache, daß ein Manifest für die Durchführung politischer Wahlen 1965 und 1966, das von führenden Persönlichkeiten des intellektuellen und politischen Lebens verfaßt wurde, auch die Unterschrift des bedeutendsten katholischen Laienführers, Prof. Alceu Amoroso Lima, trägt, was ihm sofort die Beschuldigung eintrug, „Linkskatholik“ zu sein und die von Papst Paul VI. mißbilligte (!) Öffnung nach links zu unterstützen (beide Nachrichten in „Deutsch-Brasilianische Nachrichten“, Jhg. 4, Nr. 3).

Aber auch von einer anderen, gänzlich unerwarteten Seite

erfährt die Regierung Kritik und Protest. Auch das neue Regime kommt nicht daran vorbei, schon von früheren Regierungen geplante Reformen endlich in Angriff zu nehmen, vor allem die Agrarreform, und auch es kann es kaum mit anderen Mitteln. Das nun ruft wiederum zwei streitbare brasilianische Bischöfe, Dom Geraldo de Proença Sigaud SVD, Erzbischof von Diamantina, und Dom António de Castro Mayer, Bischof von Campos, auf den Plan, die schon 1963 gegen die damals vieldiskutierte Landreform der Regierung Goulart eine umfangreiche Protestschrift veröffentlicht hatten. (Sie gehören auch auf dem Konzil zu den profiliertesten Vorkämpfern der sogenannten „konservativen“ Gruppe, wenn sie auch in der Aula nicht oft das Wort ergreifen.) Jetzt haben sie sich wiederum mit aller Schärfe gegen die Gesetzesvorlage von Castelo Branco gewandt: „Trotz der Stimmen, die unglücklicherweise versuchen, das heilige Evangelium und die Enzykliken zu Werkzeugen der Demagogie zu machen, ist die katholische Lehre unvereinbar mit jenen Enteignungen, die bei uns von sozialistischen und räuberischen Landreformern gegen das siebte und zehnte Gebot Gottes verlangt werden — du sollst nicht stehlen, du sollst nicht fremdes Eigentum begehren. Unter diesen Umständen können Katholiken ohne schwere Verletzung der christlichen Moral keine Ländereien in Besitz nehmen, die auf diese Weise von der öffentlichen Gewalt enteignet worden wären. Tun sie es dennoch, so würden sie moralisch als Hehler betrachtet werden müssen und könnten als solche weder das Sakrament der Buße noch der Eucharistie noch der Krankenölung empfangen“ (nach „Le Monde“, 25. 3. 65).

#### *Eine Erklärung der Bischöfe des Nordostens*

Der moralische Irrealismus dieser beiden Außenseiter des brasilianischen Episkopats wird freilich weder der Regierung noch auch den verantwortlich fühlenden Bischöfen große Beschwer machen. Das Hauptproblem Brasiliens ist ja nicht so sehr die Politik und der Parteien Gunst und Haß, sondern die soziale Not und die drängende Notwendigkeit industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung, um der schnell wachsenden Bevölkerung Arbeitsplätze und Auskommen zu beschaffen. Damit hängen aufs engste der Bildungsnotstand und die Seelsorgsnot zusammen, und alles das drängt in dramatischer Weise vor allem in dem vielgenannten Nordosten Brasiliens auf klare und durchgreifende Lösungen. Mit welch klar-sichtigem Realismus und durch das Konzil gewecktem Verantwortungsbewußtsein die Bischöfe jenes Gebietes ihre komplexe Aufgabe betrachten und angehen, beweist die „Erklärung“, die sie nach ihrer beratenden Zusammenkunft in Ponta Negra (Natal), bei der auch Vertreter aller im Apostolat stehenden Gruppen — Diözesanklerus, Ordensmänner und -frauen, Führer der Katholischen Aktion usw. zugegen waren — im Januar dieses Jahres veröffentlicht haben.

In dieser Erklärung der Bischöfe heißt es: „Die Kirche, Mutter und Lehrmeisterin aller, kann sich nicht vom Volk isolieren, sondern muß vielmehr in seiner Mitte weilen und auf seine gerechten Wünsche lauschen. Schon Leo XIII. sagte seinerzeit zu den Priestern: Geht ins Volk! Ruhig, aber fest und in aller Demut wollen wir klarstellen, daß wir es für unmöglich halten, von dieser überlieferten Leitlinie der Kirche abzugehen und uns etwa nur auf das Geistliche zu beschränken, wenn wir auch zugeben, daß unser besonderer Auftrag zuallererst die

Evangelisation ist. Die göttliche Vorsehung hat uns das geistliche Wohl des gefährdetsten aller Entwicklungsgebiete Brasiliens anvertraut. Auf 18% der Gesamtfläche des Landes leben 32% der Gesamtbevölkerung, davon zwei Drittel in äußerst schwierigen Verhältnissen. Noch immer kämpfen wir gegen Kindersterblichkeit, Analphabetentum, mangelnde technische Vorbereitung, endemische Krankheiten. Daraus ergeben sich ernste Schwierigkeiten für die Behörden, die Mittel zur Lösung der Probleme überhaupt erst einmal wirksam einzusetzen. In solcher Lage kann man unmöglich jene Kader finden, die zur Entwicklung des Gebietes nötig wären. Ebenso wenig kann aus solcher Ausgangssituation ein kaufkräftiges Volk hervorgehen, wie es gerade diesem Gebiet zu seinem wirtschaftlichen Wachstum fehlt. Im Nordosten — wie übrigens in allen anderen Gebieten des Landes — sind einfach die sozialen Strukturen nicht vorhanden, die einen Aufstieg der Massen ermöglichen würden. Noch ist es eine Ausnahme, daß jemand auf seine übertriebenen Privilegien verzichtet, die Augen auf tut für die Lage der Landarbeiter und über eine gewisse Übung der Wohltätigkeit hinaus sich bemüht, die Bewohner des Nordostens wirtschaftlich und sozial in eine organische Ordnung zu integrieren. So kam es zu Ereignissen, die wir alle kennen: Der Landarbeiter ist erwacht, und diese Bewegung war durchaus gerechtfertigt, wenn auch zu extrem wegen der Primitivität von Menschen, die seit Jahrhunderten sich selbst überlassen waren und darum leicht vom Kommunismus ausgebeutet werden konnten . . . Es liegt uns fern, Mißbräuche zu beschönigen und der Hochspannung, die entstand, das Wort zu reden. Die Kirche hat ihre eignen Wege, Grundsätze, Leitgedanken und Methoden, die unverwechselbar mit jedweder fremden Ideologie sind . . . Aber es ist unsere Hirtenpflicht, alle, die im wirtschaftlichen und sozialen Leben unseres Gebietes Verantwortung tragen, zum Verständnis für die Forderung der Stunde aufzurufen, in der es darum geht, die gerechten und vernünftigen Wünsche des Volkes zu befriedigen . . .

#### *Entscheidungsstunde für den Nordosten*

Der Nordosten lebt in seiner Entscheidungsstunde. Als wir im Jahre 1956 in Campina Grande beisammen waren, baten wir die Regierung [Kubitschek], die verschiedenen Instanzen, die im Gebiet zuständig waren, zu einer Gesamtplanung zu koordinieren als Ausgangspunkt für den Kampf gegen die Unterentwicklung. Der Gedanke, daß wir damals wenigstens indirekt zum Entstehen der SUDENE [Bundesplanungsbehörde für die Entwicklung des Nordostens] beigetragen haben, ist uns ein Trost. Wir hoffen dringend, daß die SUDENE alle technischen und finanziellen Mittel mobilisiert, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Wir wissen, daß die brasilianische Beteiligung am Entwicklungsplan der SUDENE für 1966 bis 1968 etwa 900 Milliarden Cruzeiros beträgt, und vertrauen darauf, daß befreundete Länder ohne unannehmbare Bedingungen mithelfen werden. Aber wir sehen auch die Schwierigkeiten des Entwicklungsvorhabens. Da ist vor allem der Bevölkerungszuwachs von mindestens 600 000 Menschen im Jahr. Dann das starre Festhalten an den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, die praktisch jede Entwicklung lähmen. Und schließlich die Bürokratie brasilianischer und ausländischer Behörden [gemeint ist vor allem die „Allianz für den Fortschritt“] hier im Gebiet. Die Kirche denkt nicht im entferntesten daran, in den materiellen Fragen des Nordostens die Führung übernehmen

zu wollen, aber sie ist gewillt, mehr und mehr an der Entwicklung des Gebietes mitzuwirken . . . Wenn auch unsere Hauptaufgabe die Verkündigung des Evangeliums ist, so vergessen wir doch nie, daß die Liebe des Evangeliums von uns auch subsidiär einen Einsatz für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes und Volkes verlangt, in dessen Mitte die Vorsehung uns als Hirten gestellt hat . . .“

Die Erklärung ist unterzeichnet von den Sekretären der drei Regionen, in die man das Gesamtgebiet des Nordostens aufgeteilt hat, darunter die für ihren sozialen und apostolischen Einsatz weithin bekannten Erzbischöfe von Recife und Bahia, Dom Helder Câmara und Dom Eugênio Sales, der als Apostolischer Administrator neben Bahia noch immer auch das Erzbistum Natal verwaltet, wo die nach dieser Stadt benannte kirchliche Erneuerungsbewegung ihren Ursprung hat.

#### *Eine Rede des Erzbischofs Helder Câmara*

Hier ist auch die höchst eindrucksvolle Rede zu erwähnen, mit der Erzbischof Helder Câmara von Recife Anfang Mai das neue Regionalseminar des Nordostens eröffnet hat und die ihm heftige Kritik in der der Regierung nahestehenden Presse eintrug. Der Erzbischof erinnerte an die besondere Aufgabe der Christen Lateinamerikas innerhalb der Entwicklungsländer, die ja im allgemeinen und in ihrer Mehrzahl nicht christlich sind. Nach überaus scharfen Worten gegen den klassischen und den Neokolonialismus umriß er die Verantwortung der armen Christenheit Lateinamerikas, die darin bestünde, in jenen weißen Völkern, die im Überfluß leben und sich Christen nennen, das Gewissen wachzurufen, sie ihres praktischen Materialismus zu überführen und auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß sie durch ihr Verhalten Christus vor der Welt verleugnen. Damit nicht genug: Der Redner mahnte eindringlich, daß vor allem und zunächst die hochentwickelten Gebiete Brasiliens selbst den unterentwickelten Landesteilen zu Hilfe kommen müßten; erst dann könne Brasilien als Ganzes glaubwürdig im Namen der Welt der Armut den Dialog mit der Welt des Reichtums eröffnen. Das neue Seminar müsse dem Studium der Philosophie und Theologie in der Weise Raum bieten, daß die konkreten Fragen nach der Entwicklung und dem sozialen Aufstieg des Menschen ständig im Blickfeld stünden. Dabei gelte es, das Prinzip der Subsidiarität zu überprüfen, die Versuche eines neuen (nicht-marxistischen) Sozialismus zu berücksichtigen, über die Automation und ihre Folgen nachzudenken und das Verhältnis zwischen Klerus und Laien in seiner besonderen Dynamik im Zusammenhang mit der Dynamik der Entwicklungsländer zu sehen — alles Fragen, die dem Regionalseminar für den Nordosten Brasiliens in besonderer Weise aufgegeben sind.

Daß und wie gerade der Nordosten zum großen und letzten Endes sehr hoffnungsvollen Experimentierfeld für das Zusammenwirken staatlicher und kirchlicher Kräfte geworden ist, zeigt eine ausgezeichnet dokumentierte Studie von Stephan Wegener: Die katholische Kirche und der gesellschaftliche Wandel im brasilianischen Nordosten, 1964 als Dissertation im Arnold-Bergstraesser-Institut der Universität Freiburg i. Br. erarbeitet, auf deren Hintergrund die „Erklärung“ der Bischöfe und die Rede von Erzbischof Helder Câmara besondere Leuchtkraft erhalten.